

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Verkaufspreis: drei Pfennig für Monat 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeiter-Kommunisten für den Bezirk Halle-Merseburg, G.m.b.H., Halle, Vertheilstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Belegpreis: 9 Schillingen 1. 2. 3. Klasse. 35 Schillingen 1. Klasse im Zeitritt. Abonnementspreise zu richten nach Halle, Vertheilstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: „Klassenkampf“ Halle. Postkonto: Commerz- u. Privatbank, Halle. Postfachkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krosch, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Dienstag, den 19. August 1924

4. Jahrgang \* Nr. 142

## Hinein in die freien Gewerkschaften!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Die Offensive der Unternehmerrasse gegen die Arbeiterklasse hält unermindert an. Die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens durch die Vertreter der Bourgeoisie und Reformisten wird neue Attacken gegen die Arbeitenden auslösen.

Der Kampf der Bourgeoisie gegen den Achtstundentag hat die schärfsten Formen angenommen. Neue Arbeitszeiterlängerung droht. Cure Hungerlöhne sollen noch mehr herabgesetzt werden. Die Rechte der Betriebsräte werden mit Füßen getreten. Die Betriebe werden stillgelegt. Die Arbeitslosigkeit wächst. Euer Elend steigt ins Unermessliche.

Das ist alles die Schuld der reformistischen Politik und Praxis. Hunderttausende von Euch haben auf den Verrat der Reformisten an Euren Interessen geantwortet mit dem Austritt aus den Gewerkschaften. Sie sind verbittert auf die Seite getreten und haben sich nicht mehr um die Gewerkschaften gekümmert. Sie hatten den Glauben, sie würden dadurch besser fahren.

### Was ist aber der Erfolg der Massenaustritte?

Der Reformismus in der Gewerkschaftsbewegung ist durch Euren Austritt geklärt worden. Dadurch konnten die reformistischen Gewerkschaftsführer ihre verbrecherische und verräterische Politik am Proletariat noch viel radikaler als bisher treiben und sich enger denn je mit der Reaktion verbinden.

Die Unternehmer sind freier geworden. Sie fürchten nicht mehr den Arm der Arbeiterklasse. Sie treten Euch brutal nieder. Sie wollen Euch ganz zu willkürlichen Sklaven machen.

Durch Euren Austritt, durch Eure Passivität habt Ihr nur dem Unternehmertum und seinen reformistischen Freunden geholfen. Starke Gewerkschaften und revolutionäre Gewerkschaftspraxis tun not, um einen erfolgreichen Kampf gegen Unternehmertum und Reformismus zu führen.

Darum rufen wir Euch, den jetzt Unorganisierten, zu: **Hinein in die freien Gewerkschaften**

und erzwingt dort mit den revolutionären Kollegen die Wiedervereinigung mit sämtlichen ausgeschlossenen Verbänden und Einzelmitgliedern!

Neue schwere Kämpfe nahe heran. Die Arbeiter müssen sich darauf vorbereiten. Deshalb hinweg mit der Passivität! Hinweg mit dem Beiseitstehen aus Verbitterung! Stobt ab die Gleichgültigkeit! Sammelt Euch zum Kampf! Die Einheit der Gewerkschaft schafft bessere Vorbedingungen für den Sieg.

Unsere Forderungen sind:

**Für die Einheit! Gegen jede Spaltung!**

**Gegen die Bildung von Sonderorganisationen!**

**Für die geschlossene Wiedervereinigung aller selbständigen Verbände mit den freien Gewerkschaften!**

**Für die restlose Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen!**

**Für Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder und freie Meinungsäußerung!**

**Umbildung der Gewerkschaften zu Industriearbeiterorganisationen!**

Die Reformisten wollen die revolutionären Kämpfer aus den Gewerkschaften loswerden, um ungekört mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten zu können.

**Die Bourgeoisie braucht die Herrschaft der Reformisten in den freien Gewerkschaften,**

weil sie in ihnen eine Garantie besitzt für die restlose Abwägung der Fäden des Sachverständigen-Gutachtens auf die Arbeiterklasse.

Macht diese Pläne zunichte! Ihr könnt das am besten, wenn Ihr in Massen in die freien Gewerkschaften eintritt.

Sorgt dafür, daß auch die jugendlichen Arbeiter deren große Mehrheit den Gewerkschaften heute fernsteht, in die Gewerkschaften eintreten und als gleichberechtigte Mitglieder derselben in den revolutionären Kampf mit einbezogen werden.

**Junge Arbeiter und Arbeiterinnen!** Tretet in die freien Gewerkschaften ein. Stärkt die Front der revolutionären Kämpfer!

**Arbeiter, Angestellte und Beamte!**

**Küßt zum Kampf!**

**Macht die Gewerkschaften zu Massenorganisationen!**

**Kein Arbeiter darf unorganisiert bleiben!**

**Macht aus den freien Gewerkschaften revolutionäre Kampforganisationen!**

**An die Arbeit! Verliert keine Minute mehr!**

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands

Zentrale der Kommunistischen Jugend Deutschlands

Der Reichsarbeitsausschuß der revolutionären Gewerkschaftler Deutschlands

Die Vorstände der selbständigen Verbände:

Union der Hand- und Kopparbeiter, Ind.-Gr. Bergbau

Union der Hand- und Kopparbeiter, Ind.-Gr. Metall

Industrieorganisation Metall, Berlin

Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter

Industrieverband der Chemischen Arbeiter

Deutscher Schiffsahrtsbund

Freier Eisenbahnerverband

Verband der ausgeschlossenen Textilarbeiter

Verband der Buchbinder u. verw. Berufe, Oppol., Berlin

Deutscher Beschäftigter-Verband, Opposition

Verband der Land- und Waldarbeiter

Zentralkomitee der opp. Betriebsräte Deutschlands

Reichskonferenz der kommunistischen Gewerkschafter

(Auf der kommunistischen Reichskonferenz am 1. August gegen 1 Stimme angenommen.)

## Aus der Praxis der deutschen Mordjustiz

### Anschuldigung im Gefängnis

**Raub und Unterschlagungen durch Polizeibeamte**  
Der Standal im Polizeistaat Preußen treibt immer neue Blüten. Gewerding kann wirklich stolz sein auf seine Beamten. Ein neuer und glaubwürdiger Standal wird uns jetzt bekannt:

Eines Tages wurde durch die Kreispolizei grandios eine Frau verhaftet. Ihr Geschw. ihre häuslichen Angelegenheiten zu regeln, wurde abgeholt. Ein Polizeibeamter erbot sich aber, den Hausverwalter das Geld für die Miete zu übergeben, wenn die Verhaftete es ihm anschuldigen wollte. Die Verhaftete ging auf diesen Vorschlag ein und gab dem Polizisten das Geld. In ihrer Sorge um ihre Wohnungseinrichtung gab die Frau dem Zeamen im Gefängnis noch einen zweiten Geldbetrag.

Nach acht Monaten grundloser Untersuchungsarbeit wurde die Frau aus dem Gefängnis entlassen. Als sie in ihre Wohnung kam, fand sie dieselbe vollständig ausverkauft und mußte anfragen, daß der Polizeibeamter der Hausverwalterin das Geld für die Miete nicht angeschuldigt hatte, sondern abends noch das gesamte Wohnungseinrichtung veräußert hatte.

Ein Strafantrag gegen den Polizeibeamten wurde gestellt. Dieser Mensch hatte abends noch die Freiheit, die Geldbühne zu übergeben, den Strafantrag zurückzugeben. Wer nun glaubt, daß die Kreispolizei Staatsanwaltschaft diesen Missethäter den preußischen Polizei-Verfahren verzeihen würde, der täuscht sich gewaltig.

Der Beamte verheißt noch heute treu und wieder den Polizeibeamten.

Wir wissen, daß wir nicht alle Polizeibeamten in einen Topf mit diesem Subjekt werfen können. In ihrem eigenen Interesse sollten die Polizeibeamten gegen die ungeheuren Schweinereien in ihren Reihen treten machen. In aller Bescheidenheit fragen wir aber den Polizeiminister Gewerding, was er zu dieser neuen Glanzleistung eines seines Untergebenen sagt?

### Die Klassenjustiz, wie sie leidet und lebt

(Eig. Drahtf.) Stieglitz, 18. August.

In Stieglitz unterrichten sich nach einer Zentrumsversammlung einige Genossen mit dem Besammlungsteilnehmern. Angehörige des Stahlhelmverbandes kamen hinzu. Sie betrauten einen Genossen mit dem Erschießen. Darauf entspann sich eine Schlägerei. Die bewaffneten Stahlhelmelemente schossen und verwundeten einen Genossen. Man hätte nun annehmen sollen, daß dieser Folter verhaftet und unter Anklage gestellt wird. Aber weit gefehlt. Der Staatsanwalt kümmerte sich nicht um den Mörder, sondern leitete ein Verfahren gegen die mitgehenden und verwundeten Genossen ein. Jetzt wurde den beiden abends noch zu Geldstrafen in der Höhe bis zu 40 Mk. verurteilt. Das ist belächelbare Klassenjustiz.

### Jungproletariat vor Gericht

(Eig. Drahtf.) Witton, 18. August.

Vor dem Schöffengericht in Witton fanden 16 Teilnehmer einer Sonnabendfeier der Kommunistischen Jugend wegen Überhandes gegen die Staatsgewalt und Veranlassung eines verbotenen Umzugs unter Anklage.

Die Wittenberger Polizei verhaftete am 22. Juli auf dem Bahnhof ganz wahllos Jugendgenossen und mißhandelte sie zum Teil schwer. Die Genossen wurden nun von dem Schöffengericht abends noch zu Geldstrafen in der Höhe von 30 bis 60 Mk., die im Nichterbringungsfall in Gefängnisstrafen bis zu fünf Wochen umgewandelt werden können, verurteilt.

Bei dem Gefängnisbesuch machte eine große Anzahl kommunistischer Jugendgenossen, die begrüßten die Verurteilten mit dem Gelang: „Geld, zur Sonne, zur Freiheit!“, im Anschluß daran bildete sich ein spontaner Demonstrationzug.

### Der Mainzer Antimilitaristenprozeß

(Eig. Drahtf.) Mainz, 18. August.

Der Mainzer Antimilitaristenprozeß sollte bekanntlich nochmals verhandelt werden. Jetzt wird bekannt, daß die französischen Militärs- und Polizeipersonen provisorisch aus der Haft entlassen wurden. Wem Ansehen noch findet die französische Armee auf die Anwendung.

Die deutschen Genossen befinden sich aber noch weiter im Gefängnis. Ihnen soll der Prozeß in den nächsten Tagen gemacht werden. Die deutsche Regierung hat zwar in London die Verhaftung abgelehnt, daß alle Separatisten und Bundesverweigerer amnestiert werden. Man sieht aber, daß sich die deutsche Regierung auf revolutionäre Arbeiter nicht öffnet. Die deutsche Regierung wird wohl besser sagen, daß die Kommunisten ins Gefängnis geworfen werden.

# Der Abbruch des deutsch-russischen Konflikts

Von R. Wilhelm (Berlin)

Der deutsch-russische Konflikt, entstanden durch den polizeilichen Einfall in die Handelsvertretung der U. d. S. S. R. in Berlin, ist durch das Protokoll vom 29. Juli beigelegt worden. Der Inhalt dieses Protokolls sowie die Vorgeschichte des Konflikts dürfte als bekannt vorausgesetzt werden. Die Arbeitermassen aller Länder haben die Auseinandersetzungen der Reichsregierung mit der Sowjetunion mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt.

Nunmehr sehen wir, was das deutsche Bürgerum anbeht, zwei entgegengesetzten Meinungen gegenüber. Nach der Lesart der „demokratischen Presse“ der von der Wilhelmstraße gepflegten Propaganda, hat das Auswärtige Amt einen großen Erfolg zu buchen, da die bolschewistischen Forderungen bis auf ein „selbstverständliches“ Minimum zurückgedrängt sind. Die „nationale“ Presse, die auf jeden Fall einen gewissen Wert gegen den Außenminister Stresemann in ihrem „Unvollständigen“ absetzen möchte, behauptet, die Reichsregierung habe „einen Kränze vor Moskau gemacht“. Die Wahrheit liegt nicht einmal in der Mitte.

Man muß, um den Ausgang des Konflikts richtig beurteilen zu können, das von der Sowjetdiplomatie Erreichte nicht vergleichen mit dem von der bürgerlichen Presse erdichteten „horden“ Forderungen, sondern mit dem, was von der Sowjetregierung zu Beginn des Konflikts tatsächlich gefordert wurde. Man muß in jeder diplomatischen Auseinandersetzung der Sowjetregierung immer im Auge behalten, daß sie nie Forderungen stellt, die von einem Arbeiter, Bauern, ja sogar von einem wirklich demokratisch denkenden Intellektuellen oder Kleinbürger, der den Brand des Kapitalismus zu löschen kommt, als Forderungen oder Forderungen gegenüber der Regierung des Landes, in ihrem „Unvollständigen“ absetzen möchte, empfunden werden. Die Sowjetregierung weiß genau, daß ihre einzelnen Schritte und ihre auswärtige Politik von den Arbeitern und Bauernmassen aller Länder viel genauer verfolgt werden als die Politik der kapitalistischen Regierungen, und sie wird nie Schritte unternehmen, Forderungen stellen, die sie in die Reihe der Forderungen treibenden, Forderungen fordernden kapitalistischen Regierungen stellen könnte. Eine fremde Regierung, mag sie auch kapitalistisch sein, zu erniedrigen, liegt aus dem Arbeiter- und Bauernmassen der Sowjetunion fern. Solange diese Regierungen oder einzelne Organe dieser Regierungen diese Masse nicht provozieren, ist auch die öffentliche Meinung der Nation vorwärts, ist auch in diesem kontroversen deutsch-russischen Zwischenfall hat die Sowjetregierung Forderungen gestellt, deren Erfüllung sie benötigt, um die deutsch-russischen politischen und vor allem wirtschaftlichen Beziehungen auch weiter pflegen zu können und sie organisch entwickeln zu lassen.

Die preußische Polizei ist in die Handelsvertretung eingedrungen.

Die Sowjetregierung hat gefordert, daß die Reichsregierung klipp und klar erklärt, dieser Einfall ist keine Auswirkung der allgemeinen deutschen Politik, sondern nur eine — sozusagen — organische Maßnahme einer Behörde, die sich nicht anmaßen darf, auf eigene Faust auswärtige Politik zu treiben. Im § 2 des Protokolls ist diesen Forderungen der Sowjetregierung entsprochen worden. Es wird dort festgestellt, daß die Polizeiaktion unbedeutend und unbegründet war, der Leiter der Aktion, Herr Weis, der öffentlich die volle und ausschließliche Verantwortung für den Überfall auf sich genommen hat, seines Amtes entbunden ist und daß die übrigen Beamten bestraft werden.

Die Sowjetregierung vertritt ferner den Standpunkt, daß durch den Polizeieinbruch — was die Frage der Exterritorialität der Handelsvertretung betrifft — der status quo erschüttert ist. Sie glaubte von der Reichsregierung eine Behauptung der schon vorher genossenen Vorrechte der Handelsvertretung fordern zu müssen sowie eine Garantie, daß sich solche Vorrechte nie wiederholen können. Auch diese Forderung fand ihre Erfüllung im § 5 des Protokolls, wo der Zustand vor dem 3. Mai wiederhergestellt und wo der extraterritoriale Teil der Handelsvertretung näher umschrieben wird. Die Sowjetregierung hat nie die Exterritorialität für die Handelsvertretung angestrebten Organisationen oder für alle ihre Beamten und Angestellten gefordert. Es war selbstverständlich, daß die vielen Vertretungen der verschiedenen sowjetrussischen Handelsorganisationen, der Staatsräte und Syndikate sowie die gemischten russisch-deutschen Gesellschaften nicht extraterritorial sind, daß diese Immunitätsvorrechte nur die Teile der Handelsvertretung genießen müßten, die die ökonomisch-politischen Organe der Sowjetunion vertreten, also durch ihre Stellung Staatsbeamte in sich bergen.

Die öffentliche Meinung und die Presse der Sowjetunion hat den Inhalt des deutsch-russischen Protokolls ruhig, ohne jeden überflüssigen Kommentar registriert. Sie haben festgestellt, daß das Selbstverständliche geschehen ist, was für die fortgesetzte Pflege der deutsch-russischen Beziehungen notwendig war und sind zu Tagestagen übergegangen. Sie haben auch — von den ersten Tagen des Konflikts abgesehen — den ganzen Verlauf des Konflikts ruhig verfolgt in dem Bewußtsein ihres Rechts und in dem Bewußtsein, das immer durchgehen zu können, was ihnen gebührt, kraft ihrer Stellung als Großmacht, als Weltfaktor, den kein Land des Erdballs als quantität neigliche betrachten kann.

Wenn diese Ruhe, diese Zurückhalt und ihre Auswirkungen die deutschen gegenrevolutionären Kreise ganz am Ende gebracht haben, so kann das die Arbeitermassen aller Länder nur mit Befriedigung erfüllen. Wenn diese diplomatische Auseinandersetzung das Ansehen der Sowjetdiplomatie in der Welt überhaupt und bei den Arbeitermassen der Sowjetunion und der anderen Länder erhöht hat, so ist das ein Ergebnis, das der Sowjetunion selbstverständlich zugute kommt, das aber von der Sowjetregierung nicht herbeigeführt ist, das sie die Kraft ihrer nicht herbeigeführt hat. Ihre einzige „Schuld“ gegenüber der deutschen Gegenrevolution besteht darin, daß sie diese Kraftprobe nicht gefordert hat; für die Zukunft hat dies eine Lehre sein. Und die

deutsche Gegenrevolution wird wohl kaum liebevoll an den Volksgenossen denken, der diese Demonstration der internationalen Stärke der Sowjetunion und der Sympathie ihr gegenüber in den breitesten Arbeiterkreisen heraufbeschworen hat.

Die Schuld an der langen Dauer der Auseinandersetzung kann man mit bestem Gewissen dem deutschen Auswärtigen Amt zuschreiben.

Dieses Protokoll vom 29. Juli konnte die Reichsregierung, wenn nicht am Tage des Konflikts, so doch schon ein paar Tage oder höchstens ein paar Wochen später haben. Aber das deutsche Auswärtige Amt mußte sich mit der deutschen Polizei behörden auseinandersetzen. Die Polizeigewaltigen mußten darüber befehlet werden, daß nach der Verfassung nicht sie, sondern die Reichsregierung zur Führung der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches berufen ist. Daß diese Auseinandersetzung gerade in die Periode der deutschen Goldschmelze fiel, wo förmlich über das Primat der auswärtigen Politik geredet wurde, kann die revolutionären Politiker haben und drüben mit stiller Heiterkeit erfüllen. Bedeutender bleibt der Umstand, daß die Regierung des einzigen proletarischen Staates der Welt, dieses Staates, der Anarchie und der gegeneinander arbeitenden Kräfte und Organe (nach den Schilderungen der bürgerlichen Presse des ganzen Erdballs), eine kapitalistische Regierung, eine „Ordnungsgewalt“, befehlen mußte, daß eine Regierung die Mittelstellen ihrer einzelnen Organe liquidieren und diese Organe zur Ordnung rufen muß.

Wenn sich das deutsche Auswärtige Amt infolge dieser Auseinandersetzungen der berechtigten Kritik der deutschen politischen und wirtschaftlichen Organisationen ausgesetzt hat, wenn die deutsche Regierung durch ihre „Kraftprobe“ mit der Polizei behörde der K. P. Deutschlands glänzenden Agitationsstoff lieferte — die Sowjetregierung kann doch wirklich nichts dafür, und ihr dafür zu großen, wie es manche bürgerliche Schmeichler tun, hat doch wirklich keinen Sinn.

Wenn diese „Politiker“ glauben, eine „weltgeschichtliche“ Bedeutung des Protokolls vom 29. Juli darin entdecken zu können, daß hier zum ersten Male (?) die Sowjetregierung gewonnen war, ein Kompromiß zu schließen, so muß jeder Kommunist, der die siebenjährige Geschichte der auswärtigen Politik der Sowjetunion kennt, diese „Entdeckung“ mancher bürgerlicher Journalisten aufschreiben belächeln. Diesen „Sachverhalten“ ist ein für allemal ein Stempel aufzusetzen: Solange die Sowjetregierung, als die Regierung eines, wenn auch mächtigen, ein Gefühl des Erdballs umfassen, aber doch einzigen proletarischen Staates besteht und gezwungen ist, mit kapitalistischen Regierungen zu verhandeln und Abkommen zu schließen, ist sie auf Kompromisse angewiesen, von Breslau-Tiflis-Frieden über die ersten Handelsverträge mit England und Deutschland bis zum Protokoll vom 29. Juli und dem jetzt abgeschlossenen Abkommen mit England. Nur daß die Zugeständnisse der Sowjetregierung den kapitalistischen Staaten gegenüber immer kleiner werden, daß die Macht der Sowjetregierung als großer internationaler Faktor im stetigen Wachstum begriffen ist.

## Börsliche ermorden Bauern

W. B. München, 18. August.

Am Sonntagabend mehrere Kadetten, die von der Oberkommando der Münchener Sozialdemokraten auf dem Taubenberg kamen, durch Soldaten führen, wurden sie von Götzen einer Weisheit gefolgt. Es entstand eine Panik, in deren Verlauf ein Bauer von einem Kadetten erschossen wurde. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Der Täter wird auch nicht ermittelt werden, denn es war ein Nationalsozialist. In der monarchistischen Republik Deutschland, nach dazu in Bayern, trägt kein Hahn danach, wenn diese Banditen einen Menschen ermorden.

## Die KPD „zerfällt“ in Loebes Hochburg

(Eig. Draht.) Breslau, 18. August.

Bei den Betriebsratswahlen in Breslau haben sich die Verluste der Sozialdemokraten nach rechts und links fortgesetzt. Wieder gewannen die Kommunisten 53 Sitze von den Sozialdemokraten; die Deutschpolen brachten es auf 15 Sitze. Unter diesen Umständen wird nach und nach auch dem Kommunisten der Seeweg die Pforte ausgehen.

# Der Reichszentraler schmückt sich über seine Niederlage hinweg

(Eig. Draht.) Berlin, 19. August.

Am Montag fand eine Exzessive der Reichsregierung mit den Vertretern der Koalitionsparteien unter Hinzuziehung von Sozialdemokraten und Deutschnationalen über das Ergebnis der Londoner Konferenz statt. Die Reichsregierung ließ erklären, auf der Londoner Konferenz seien zum ersten Male die deutschen Vertreter den Alliierten völlig gleichberechtigt gegenübergetreten. Herrlot sei ein Mann von überaus hohen Idealen (!), dem man vertrauen könne, weil er nur das Beste für die Befriedigung Europas beschäufliche. Marx sagte, wenn irgendwelche Sozialisten auftreten würden, würde er sich im ersten Briefen an den französischen Ministerpräsidenten wenden, um so die Streitfragen zu klären. Ein großer Erfolg sei es auch, daß die deutsche Delegation durchgesetzt habe, daß überhaupt von der Räumung des Ruhrgebiets gesprochen wurde. In den Ehrentragen habe die deutsche Delegation voll und ganz gefestigt. Die Zusage Herrlots, das Ruhrgebiet in einem Jahre zu räumen, sei bedeutend günstiger, da Herrlot schon eher die Räumung veranlassen würde. Wichtig sei es auch, daß die deutsche Delegation den Abbruch von Handelsverträgen vermeiden habe. Von einem Ultimatum MacDonalds an Deutschland könne keine Rede sein. MacDonald habe nur einen leichten Druck (!) ausgeübt, um die Konferenz schnell beenden zu können.

Man darf wohl die Behauptungen Marx über die Gleichberechtigung der deutschen Delegation mit den Vertretern der Alliierten, den „leichten Druck“ seitens MacDonalds und die Behauptung, daß Herrlot ein Mann von überaus hohen Idealen sei, als einen recht kalten Witz betrachten, der die deutschen Arbeiter nicht über die Tatsache ihrer Verschäferung

## Der „rote Frontkämpfer-Bund“ auf dem Vormarsch

B. S. W. 18. August.

Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Räumenden Ritters über Ziel und Zweck des roten Frontkämpferbundes wurde eine Gruppe des RFB gegründet, die sofort 30 chemische Soldaten beitrug. Das ist ein glänzender Beweis für die Beliebtheit unseres Ortes ein außerordentlich gutes Beispiel.

## Die württembergische Arbeiterkassette demonstriert gegen das Verbot der „Roten Hilfe“

(Eig. Draht.) Stuttgart, 18. August.

Bekanntlich ist die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ wegen des Artikels „Schalt Rot-Hilfe-Organisationen“ verboten worden und unter Auflage des Schörrer'schen Beschlusses hat außerdem noch den genossenen Artikel wegen seiner Tätigkeit für die „Rote Hilfe“ als Veranlassung des bekannten Epiphanius Diner verurteilt lassen. Die Arbeiterkassette ist wegen dieses Verbotens der Arbeiterzeitung in großer Erregung. Ganz spontan bildeten sich aus den gesellschaftlichen Organisationen, die von der Regierung die sofortige Freigabe der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ verlangen, die Arbeiterbewegung haben sich sämtliche Stuttgarter Gewerkschaften und eine ganze Anzahl von Gewerkschaftsvereinen des Landes angeschlossen. Die Delegationen, welche bei der Regierung vorzutreten, legen sich aus parteilichen, sozialdemokratischen und kommunikativen Gründen zusammen. Der Delegationsrat soll in diesen Delegationen, daß die „Rote Hilfe“ als Organisation zur Vorbereitung des Schörrer'schen verboten sei.

Nun erzieht tatsächlich ein solches Verbot seitens der Regierung nicht. Noch weniger wird es den württembergischen Arbeiterkassette möglich sein, den Nachweis für ihre Behauptung zu erbringen. Die „Rote Hilfe“ ist bekanntlich eine überparteiliche Organisation, und befaßt sich nur mit der Unterstützung der inhaftierten revolutionären Arbeiter und ihrer Angehörigen. Außerdem gewährt die „Rote Hilfe“ den angeschlossenen proletarischen Rechtsbeständen. Das will selbstverständlich auch die württembergische Regierung. Aber sie weiß auf ihre eigenen Füße, um die Arbeiterkassette niederzulegen zu können, damit sich die Kapitalisten ungehemmt ausbreiten kann. Der Protestkamm der württembergischen Arbeiterkassette wird ihr aber letzten Endes doch zu denken geben.

## Der Rückgang der Löhne

Ein in der Presse veröffentlichter Auszug über die Ergebnisse der Zeitzählung zeigt, daß der Lohnanteil am Preis des Produkts prozentual geringer ist als in der Vorkriegszeit.

Diese niedrige Stellung zeigt die ganze verzelebte Lage der deutschen Arbeiterkassette in sich, ihre namevolle Verelendung in den letzten 10 Jahren.

Dabei hat die Zeitzählung nur den Zweck, die Methoden der kapitalistischen Wirtschaft möglichst zu verurteilen. Sie vermag, B. B. nicht die Tatsache der Mißverhältnisse der Unternehmer abzuliegen, befreit aber einfach, daß diese Profite keine Einfluß auf die Preisgestaltung hätten. Die hohen Preise seien auf die hohen Kosten der Produktion zurückzuführen. Dabei weiß jeder, daß die kapitalistischen Buchhaltungsmethoden ein jenseitiger allgemeiner als beliebiger Faktor sind.

## Die Preise steigen

In der vergangenen Woche ist der Preisindex der Lebensmittelhaltungsstoffe wiederum um 1,9 Prozent gestiegen, davon die Ernährungskosten um 2,9 Prozent, Kleidung um 2,9 Prozent, Schuhe, Kerzen um 0,5 Prozent. Der Gesamtindex liegt bei 104,2 Prozent, davon Gruppe Lebensmittel um 1,4 Prozent, Industrieerzeugnisse um 0,6 Prozent.

Der Verbraucher der Zunter nimmt immer größere Ansohne an. Die Arbeiter haben jetzt einen Vorschlag gemacht, was kommen wird, wenn sich die Schulden eingestellt sind. Aber auch für die übrigen Waren ist der Schwund des „Preisindex“ zu Ende. Die Textpreise steigen sprunghaft in die Höhe. Der wachsenden Teuerung kann die Arbeiterkassette nur begegnen, wenn sie die Kontrolle über die Produktion und damit die Regelung der Verteilung an sich reißt.

durch die Reichsregierung an die ausländischen Bankiers hinweggeschoben wird. Das Geschwür des Reichszentralers wird seinen Zweck nicht erfüllen. Seine oft wiederholte Versicherung, daß in den Ehrentragen die deutsche Delegation voll und ganz gefestigt habe, ist auf die Gewinnung der Deutschnationalen bedingt. Diese mimen in ihrer Presse wilde Opposition, die keinem anderen Zweck dient, als durch Mißtrist und der Umwidmung der jenseitigen Regierung selbst ihre Vertreter ins Kabinett entenden zu können. Ob sie sich nach den gefälligen Erklärungen Marx „berühnen“ werden, ist eine nebenläufige Frage. Tatsache ist, daß die Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten in der Zustimmung zu allen wesentlichen Punkten des Schwereinständigengutachten bereits seit langem hergestellt ist.

## Koolidge über die Anleihe

(Eig. Draht.) New York, 19. August.

Der Präsident der Vereinigten Staaten erklärte die Londoner Konferenz für das wichtigste Ereignis seit Ausbruch des Krieges. Er sprach aber keine Hoffnungen aus, was die Schwierigkeit sei, die Erlangung einer Anleihe von den amerikanischen Bankiers aus.

## Baldiger Zutammentritt des Reichstages

Berlin, 18. August.

Der Reichstagen des Reichstages ist am Mittwoch einberufen worden. Er wird über baldmöglichste Einberufung des Reichstages verhandeln.

# Große öffentliche Protestversammlung am Mittwoch, dem 20. August 1924, abends 8 Uhr, im „Volkspart“

Thema: Blut-Niedner und Staatsgerichtshof  
Arbeiter, Angestellte und Beamte, erscheint in Massen, um gegen diese Justizschmach zu protestieren!

Kommunistische Partei (Ortsgruppe Halle)

# Die Opposition der Labour Party

(Eig. Drahtf.) London, 18. August.

Zum Parteitag der Labour Party, der am 7. Oktober in London eröffnet wird, liegen bis jetzt eine Reihe von Anträgen vor. Sie lassen deutlich erkennen, wie die Opposition innerhalb der englischen Arbeiterbewegung gegen die Haltung der Labour-Minister hinfällig macht. Nach Ansicht der Labour Party erleben Protestmärsche, die Labour-Minister vor ihrem Reichstag der Höhe die und der Labour Party von Earl Sarnitt besonders ähnl. Sie erklärt: Die Sozialisten kennzeichnen ihre Träger. Es sei dringend erforderlich, daß die Labour-Minister Uniform anlegen, denn sonst würde man sie für gewöhnliche Protestanten halten. Die Unzufriedenheit der englischen Arbeiter mit ihren Ministern geht auch aus einer Reihe von Resolutionen über die Organisation der Partei hervor. Mehrere Resolutionen beantragen, daß als Parlamentskandidaten nur Mitglieder der Labour Party aufgestellt werden dürfen, die mindestens 3 Jahre in der Arbeiterbewegung organisiert sind. Andere Anträge verlangen, daß die Arbeiterregierung wie die Parlamentsfraktion abhängig von den Beschlüssen des Parteitages sind. Jeder, der als Unterstaatssekretär oder Minister in Aussicht genommen ist, soll erst die Genehmigung der Parteimitglieder einholen. In anderen Resolutionen werden die Labour-Minister an die Einhaltung ihrer Versprechen der Gewerkschaften, Nationalisierung des Bergbaus usw. erinnert. Mehrere Resolutionen verlangen, daß die Kommunistische Partei als Kollektivmitglied in die Labour Party aufgenommen wird.

Trotz dieser oppositionellen Anträge werden wir abwarten, wie der Parteitag der Labour-Party selbst ausfallen wird. Wir haben auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie gesehen, wie eine Opposition — keine Opposition ist.

# Drohender Elektrizitätsarbeiterstreik in London

(Eig. Drahtf.) London, 18. August.

Schon seit einigen Tagen lauern Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Elektrizitätsarbeitern. Den Elektrizitätsarbeitern wurde vor kurzem eine Vorkostenabrechnung ausgereicht; sie kämpfen jetzt für eine minimale Vorkostenabrechnung. Trotzdem lehnen die Unternehmern jede weitere Verhandlung ab. Abittomungen haben die Gewerkschaften erzwungen, in den nächsten Tagen in den Streik zu treten, wenn die Unternehmern nicht nachgeben. Von dem Streik selbst werden 30 000 Arbeiter betroffen. Dazu kommen die Arbeiter der übrigen Industriezweige, die durch das Sinken der Elektrizitätswerte ebenfalls leidet müssen.

# Ein neuer Kommunizierungsprozeß in England

(Eig. Drahtf.) Glasgow, 18. August.

In Glasgow beginnt ein Prozeß gegen mehrere Arbeiter und Mitglieder der Kommunistischen Partei, weil sie ihre Genehmigung eine Verammlung abgeben und dabei haben gegen die Beschränkung der Versammlungsfreiheit gehalten haben.

# Streik der Londoner Matrosen

(Eig. Drahtf.) London, 18. August.

Die Arbeiter der Zentralmarchälle in London sind in den Streik getreten, um eine Lohnsteigerung durchzusetzen. Die Unternehmern hatten sich geweigert, sich auf irgendwelche Verhandlungen mit den Arbeitern einzulassen. Der Streik wurde von den Gewerkschaften gebilligt. Man droht, den Streik auszuweiten.

# Erbitterte Fortführung des französischen Schiffsstreiks

Angestellte im Schiffsverkehr — Marinetruppen verweigern die Arbeit

(Eig. Drahtf.) Le Havre, 18. August.

Trotz der hinterhältigen Verweigerung der Reformisten ist der Kampfgeist der Streikenden unerschrocken. Gestern fand eine große Versammlung statt, bei der 5000 Streikende teilnahmen. Die Versammlung stellte mit Begeisterung fest, daß im Augenblick, wo die Schiffsunternehmer sich an den grünen Tisch setzen, um über die Forderungen der Streikenden zu beraten, die Angestellten der Schiffs-gesellschaften sich der Regierung angeschlossen haben. Die als Streikbrecher eingeklinkten Marinetruppen haben ebenfalls die Arbeit verweigert. Die den reformistischen Gewerkschaften angehörenden Seeleute sind vor dem Gewerkschaftsausschuss gezogen und haben unter Drohungen den sofortigen Rücktritt des reformistischen Sekretärs verlangt. Alle Versuche des Herrn Meyer, zu vermitteln, sind gescheitert, da die Streikenden es ablehnen, gemeinsam mit den reformistischen Gesellschaften zu verhandeln.

(Eig. Drahtf.) Le Havre, 18. August.

Die Streikenden und Hilfsarbeiter stehen ebenfalls im Kampf. Sie fordern eine Lohnsteigerung von vier Franken täglich.

# Pariser Gefängniswärter im Streik

(Eig. Drahtf.) Paris, 18. August.

Das Personal der Pariser Gefängnisse hat beschloffen, die Arbeit niederzulegen, und zwar während der Festtagen der Gefangenen.

# Solidarität der französischen Arbeiter

(Eig. Drahtf.) Paris, 18. August.

Der zweite große Protestarbeitertransport ist in Paris eingetroffen. Überall wurden die Arbeiter mit großer Begeisterung von den französischen Arbeitern empfangen.

# Faschistische Blutdaten in Italien

ME. Rom, 18. August.

Zahlreiche Mitglieder der Oppositionsparteien, welche sich zu einer Versammlung in ein faschistisches Vereinslokal begeben wollten, wurden von der Polizei auseinandergetrieben. In der Piazza Dante ereignete sich ein Zusammenstoß der Demonstranten mit einer Gruppe Faschisten, wobei mehrere Personen getötet und verletzt wurden.

ME. Mailand, 18. August.

Die gefürchtete Ausgabe des „Avanti“ wurde vom Faschisten wegen Unzufriedenheit zum Stillstand gebracht. Auch das Blatt „Voce pubblica“ wurde beschlagnahmt.

Man geht wohl nicht fest in der Annahme, wenn man die neuen faschistischen Angriffe, die sich selbst gegen die bürgerliche Opposition richten, in Verbindung bringt mit dem Sieg der

# Um Englands wankenden Thron

## Macdonalds Flugzeug-Geschwader und Panzerwagen gegen die Kolonialbevölkerung

### Blutige Kämpfe im Sudan

(U.) Paris, 18. August.

Nach Meldungen aus Khartoum ist es in Port Sudan bei der Ankunft britischer Truppen zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die Bevölkerung empfindet die Engländer mit Gemischtem. Die Truppen haben das Feuer erwidert. Die Erregung unter der eingeborenen Bevölkerung ist ständig im Wachsen begriffen.

(ME.) London, 18. August.

Der letzte Kreuzer „Weymouth“ ist in Port Sudan eingetroffen. Das Schlachtschiff „Marlborough“ hat Befehl erhalten, nach Alexandria zu gehen.

(ME.) London, 18. August.

Aus Khartoum wird berichtet: Gestern sammelte sich eine Menschenmenge vor der Eisenbahnhauptstation in Erwartung einer Kundgebung zugunsten des meuteren Eisenbahnbetriebs, das, wie angenommen wurde, in einem Eisenbahnzuge verhaftet sein sollte. Bekanntmachungen ohne Unterbrechung während der Nacht an den Telegraphenstationen und an den Säulen Durburnans angebracht, in denen gegen die britische Herrschaft gehetzt wurde. Darin hieß es, daß die jüdische Bevölkerung im Namen der ganzen Bevölkerung des Sudans ihren Haß gegen die britische Regierung erklärte. Mitglieder der britischen Vorkriegsarmee: Einige der Anführer enthielten Wladimir beschleunigten Frauen, was auf den weiblichen Einfluß bei den Truppen hinweist.

Diese neuerlichen Zusammenstöße beweisen, wie ernst die Lage augenblicklich im Sudan ist. Dabei ist zu beachten, daß wirksam objektive Nachrichten über die dortigen Ereignisse bisher kaum zu erlangen waren, weil die Regierung des „Reichs“ Macdonalds härteste Zensur verhängt hat. Die Engländer legen die Verantwortung ihrer Gattinnen bauernd fort. Die „Royal Air Force“ (Britische Luftflotte) ist in Khartoum mit zahlreichen Aeroplanen eingetroffen. Transporttransportschiffe sind schon gechartert worden. Und so ist dann die Bahn frei zu neuen Mischelien, die im Namen von Selbstbestimmungsrecht und Freiheit Khartoum Macdonald unter der ägyptisch-jüdischen Bevölkerung auszunutzen sich nicht scheuen wird, trotzdem diese sich recht einseitig für Autonomie und Verbindung mit England ausspricht.

Ja, ja! Was ist, der Vorkämpfer an den Interessen des arabischen Volkes, weil im Ausland und tut sehr erkannt, über die ausgebrochenen Unruhen.

Wir haben schon am 14. August über die Hintergründe der jüdischen Erhebung berichtet und auf ihre nationale Berechtigung hingewiesen, da es sich um eine Bevölkerung handelt, die mit ihren zwei Millionen Einwohnern, deren übergroße Stammeszahl aus Arabern besteht, in jeder Beziehung mit den Ägyptern eng verknüpft ist. Das jüdische Festhalten der Engländer ist mit der großen industriellen Entwicklung zu erklären, die der Sudan augenblicklich erfährt und die ihn binnen weniger Jahre zu einem für die Baumwollindustrie auf der ganzen Welt höchst wichtigen Lande machen wird. Einmal föhlt sich die offizielle Erklärung, die die englische Regierung aus Anlaß der Werten im Sudan losläßt. Darin wird freudig und freudig bekunden, daß der Sudan noch nicht in der Lage sei, sich selbst zu regieren, außerdem müsse unter allen Umständen Englands Einfluß auf dem Sudan mit Rücksicht auf die Baumwollindustrie in Manchester erhalten bleiben. Das heißt es deshalb, wenn die englische Regierung den Sudan direkt annektieren und sich nicht auf ein bloßes Protektorat beschränken wird.

Eine für die englischen Imperialisten typische Frechheit. Als Antwort auf die Befreiungsbewegung der Dominions will die englische Regierung sie auf die unterste Stufe der Kolonialländer zwingen. Die Anwendung dieser brutalen Gewaltmethoden ist kennzeichnend für die immer schwächer werdende Position der britischen Kolonialräuber.

# Was das „Volksblättern“ zu der jüdischen Erhebung sagt

„Reaktion ist unsere Devise“, könnte als Leitwort über dem halbjährigen „Volksblatt“ stehen. Es gibt wahrhaftig keine innen- oder außenpolitische Angelegenheit, bei der das „Volksblatt“ im wahren und nur fortwährenden Sinne Stellung nehmen würde. Es gibt es denn auch zu dem Bericht über die jüdischen Kämpfe seinen reaktionären Senf. Belächler nicht finden, sondern den seines größeren, aber auch um so größeren Bruders, des „Vorwärts“. Und diese Stellungnahme ist mehr als interessant. Man hätte sich, für die eine oder die andere Partei sich zu entscheiden. Der ganze spaltenlange Bericht erzählt wohl von den

widestem Faschistenführer, der seinen Ausdruck in der letzten faschistischen Direktionsauswahl fand, wo Farinacci, der „Rat von Cremona“, der Exponent der ultrafaschistischen Gruppe, zum Mitglied des Direktionsausschusses ernannt wurde. Hier zeigt sich die ganze Zäsur zwischen der italienischen Reformisten, die da glauben, daß ihre Enttäuschung über den Marsch zum Vorkampfe allein schon genügt, um die Faschisten zu Reaktionen zu bringen. Erst nachdem diese merkten, daß nach dem Wechsel zum am Führer der italienischen Sozialisten diese nicht die geringsten revolutionären Anstalten trafen, gehen sie jetzt wieder zu ihrer alten Methode der gewalttätigen Bekämpfung ihrer Gegner und deren Presse über.

# „Autonomie“ für Kroatien

Belgrad, 18. August.

Das jugoslawische Regierungskabinett „Politika“ teilt mit, daß die jugoslawische Regierung Kroatien ein autonomes Regime geben wolle. Der Prinz Regent Karageorgewitsch soll zum Vizekönig von Kroatien ernannt werden.

Mit dieser „Autonomie“ glaubt die serbische Regierung die kroatische Bevölkerung beruhigen zu können. Es ist die Autonomie, die die deutschen Anexionisten während des Krieges den Polen und anderen Nachbarstaaten unter dem „Selbstbestimmungsrecht“ geben wollten. Nach der Stimmung in Kroatien zu urteilen, wird sich die Bevölkerung mit einer solchen Autonomie nicht zufrieden geben. Kroatien hat nach seiner Küstler erklärt, wenn der alte Zustand für Kroatien bestehen bleibt, werden sich die kroatische Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht erkaufen.

Kämpfen in Ägypten — Sudan, die seit Wmo Tobak hatten gefunden haben. Und dann schließt das Rennerblättern zum Herz über „ausführliches Beginnen der gewalttätigen Entfremdung der Engländer aus Ägypten und aus dem Sudan“, und sehr sich somit offen für Kamley Macdonald ein.

Nun, das Beginnen der arabischen Völker ist nicht ausschließlich, wenn sie nicht vereinzelt, sondern gemeinsam in den Kampf ziehen. Dieser wird sehr schwer sein, weil gerade die intimsten Parteifreunde des „Volksblattes“, weil auch der Vorhänger der 2. Internationalen, der die Arbeiter des „Volksblattes“ angehen, die Nationalrevolutionäre mit Bomben und Kartätschen abschlachten lassen wollen. Wir stellen fest: Keinen Ton des Protestes hört man dagegen, wie es kein Wort gegen die von der deutschen Reaktion provozierten Niederlagen richtet — ebenso einander ist es mit der blutigen Rückführung der aus ihrem Kolonialsauberein erzwungenen Bevölkerung Ägyptens und Äthiopiens durch den englischen Staat.

# Aufstandsbewegung auch in Transjordanien

(Meister.) Jerusalem, 17. August.

Eine starke Bande von Arabern, die heute in der Nähe von Amman erschienen war, wurde von den britischen Streitkräften zurückgeschlagen. Britische Kavallerieeinheiten werden nach Transjordanien entsandt.

London, 18. August.

Nach den neuesten, heute morgen eingelaufenen Meldungen nimmt die Aufstandsbewegung in Transjordanien immer größeren Umfang an. Die englischen Truppen gehen gegen die nur leicht bewaffneten arabischen Stämme mit Flugzeuggeschwadern und zahlreichen modernen Panzerwagen vor. Die unbeschränkte Gewalttätigkeit der Engländer läßt sich an Stand der Tatsache erkennen, daß bei den Kämpfen 600 Arabergötter oder verwundet wurden, während die Verluste der Engländer nur in einem leichtverwundeten Offizier und einem verwundeten Gefreiten bestehen.

Es handelt sich hier um eine neue Aufstandsbewegung im Ost-Jordanland, die von dem Völkerverbündeten nach Kräften verstärkt wird. Die Bevölkerung Transjordanien wird von dem dort regierenden „König“ Abdallah, dem Sohne des Königs Sa'ud in von Bagdad und Erbauer des in Mesopotamien unter Aufsicht der Engländer regierenden Kaisers, fürchterlich ausgebeutet. Man muß bedenken, daß in dem völlig unfruchtbaren Ostjordanland, das ja auch keinen Zugang zum Meer hat, der bevölkernde von Palästina verspeert wird, höchstens 300 000 bis 350 000 Einwohner leben, auf denen entsetzlich hohe Steuern lasten, die Abdallah zu drei Viertel für sich und seinen Hofstaat verbraucht.

Wegen der Unfruchtbarkeit des Bodens ist die Bevölkerung außerdem genötigt, ihr Vieh größtenteils auf palästinensischen oder syrischen Weiden hinüberzuführen, wofür ebenfalls schwere Viehsteuern zu zahlen haben. Vor allem hat Transjordanien, das in türkischen Zeiten von einem ganz kleinen Fürstentum herkam, heute eine große Zahl von englischen Parasiten zu ernähren, die im Lande „Ordnung“ schaffen.

Die so hervorgerufene furchtbare Verarmung der Fellachen und ihre politische Unterdrückung treibt die einen zur Auswanderung, während die anderen zu jener für Arabien und Vorderasien so außerordentlich typischen Erscheinung, dem Banditismus und Wegelagerertum getrieben werden.

Während die Kommunistische Partei Palästinas mit Erfolg bemüht ist, diese nicht durchorganisierten Truppen zum gemeinsamen Kampf gegen den englischen Imperialismus zu führen, verhält es sich am Arabe, daß die in der englischen Regierung befindlichen Reformisten die Not der armen Landbevölkerung mit Maschinengewehren und Kavallerieattaden zu beschließen suchen.

# Schwere Zusammenstöße in Indien

London, 18. August.

Wie aus Raonoo berichtet wird, kam es am letzten Sonntag während einer birmesischen Prozession in Mandalay zu bewaffneten Zusammenstößen. Zwei Priester und zwei Polizeibeamte wurden getötet, eine große Anzahl verletzt. Auch aus Madras, Drahmasipura und Guldharza werden blutige Zusammenstöße gemeldet. Die Zusammenstöße während der Prozessionen, die von mehreren Hunderten von Polizisten aufgehalten wurden. Die Polizeieinheiten wehrten sich dagegen und die Polizei erwiderte das Feuer.

# Der Bürgerkrieg in Bulgarien

(U.) Sofia, 18. August.

Die Kämpfe mit den Aufständischen in dem Bezirk Stara Zagora werden fortgesetzt. Die Regierungstruppen gewinnen erfolgreich nach und nach Gebiete, den Generalleutnant der Bauernpartei, Hris. Stailow, zu langen, der nach Sofia gebracht wurde. Die Bürgermeister von Karbina und Karlovo sind erlohen. In Som ist der Polizeikommissar eines Bombenattentats zum Opfer gefallen. Der Zirkularminister des Innern, die Kriegsminister, die gestellten Todesurteile ohne höhere Genehmigung zu vollstrecken.

Die Situation in Bulgarien wird von Tag zu Tag trübseliger. Inneres Erdradens ist es nur noch eine Frage kurzer Zeit, wie lange sich die Regierung Janow halten wird. Nachdem sie jetzt ihre treueste Stütze, die Wazedonier, verloren hat, steht sie fast völlig isoliert da und kann sich nur noch mit Hilfe eines zügellosen Spitzelheeres und ihrer Offiziersfamilie, die einen fürchterlichen Terror gegen die Arbeiterpartei ausüben, an der Herrschaft halten.

# Die „Kultur“ des amerikanischen Faschismus

(Eig. Drahtf.) New York, 18. August.

Einige Mitglieder der amerikanischen Faschistenorganisation „Kultur-Klan“ haben den Redakteur einer französischen Zeitung, weil er an einer ihrer „gehimein“ Versammlungen teilgenommen und Material zur Aufdeckung ihrer verbrecherischen Taten im Buche hatte, entmannt und mit einem glühenden Eisen an einen Arm und dem anderen Handgelenk gebrandmarkt. Bei der Wundheilung verbrachte einer der marinierten Brandbrenner das wehrlose Opfer mit der Bemerkung: „Das wird dich erschlagen.“

# Eine Berichtigung, die keine ist!

## Die barbarischen Zustände im Lüneburger Zuchthaus erwiesen

Die deutsche Justiz und ihre Gefangenensbehandlung sind zu einem so ungeheuerlichen Standal geworden, daß selbst weitaufgeklärte, einige „Berichtigungen“ von Zuchthaus- und Gefängnisverwaltungen abdrucken und ihren Verlesenen heimzuschießen. Das hat die Herren in Harnisch gebracht. Besonders der Präsident des Strafvollzugsamts Celte, Dr. Lemark, ist heftig bemüht, die lieblichen Zustände in den ihm unterstellten Anstalten zu bemänteln.

Die Ausbeuter und ihre Skaffenreißer wissen's. Drum versuchen sie, mit recht viel Zinngeschrei ihre Untaten zu egalisieren. Vor kurzem schon hatte der „Klassenkampf“ Gelegenheit, einige „Berichtigungen“ von Zuchthaus- und Gefängnisverwaltungen abdrucken und ihren Verlesenen heimzuschießen. Das hat die Herren in Harnisch gebracht. Besonders der Präsident des Strafvollzugsamts Celte, Dr. Lemark, ist heftig bemüht, die lieblichen Zustände in den ihm unterstellten Anstalten zu bemänteln.

Am 5. August schickte er uns folgendes Dementi:

Celte, den 5. August 1924.  
Gemäß § 11 des Reichsstrafgesetzes vom 7. Mai 1874 erlaube ich mir Aufnahme folgender Berichtigung:

Die in dem Artikel „Aus besessenen Zuchthäusern, Zuchthaus Lüneburg“ in Nr. 120 des „Klassenkampf“ vom 24. Juli 1924 enthaltene satirisch-falsche Angabe werden folgendermaßen berichtigt: Unrichtig ist die Angabe, daß die Anstalts- und Schlafräume der Gefangenen aus Kojen bestehen, die nicht durch feste Wände abgetrennt seien.

Richtig ist, daß die Kojen nicht als Aufenthalts- sondern nur als Schlafräume benutzt werden, daß sie durch feste Wände voneinander abgeteilt sind, daß lediglich die Tür eine leichte Verankerung trägt. Zugelassen befinden sich die Gefangenen, die in den Kojen schlafen, in großer Anzahl.

Unrichtig ist die Angabe, daß die Gefangenen nur abends nach dem Essen ihre Notdurft verrichten dürfen.  
Richtig ist, daß sowohl in den Zagsräumen, wie in den Kojen sich Abortgelegenheiten befinden.

Unrichtig ist die Angabe, daß den Gefangenen beim Entfeeren der Kübel der Kot ins Gefäß, auf Haar und Bart, Kleider und Schuhe prillt.

Richtig ist, daß die Gefangenen derartige Unsauberheiten unmöglich machen, sofern nicht Unbill vorliegt.  
Unrichtig ist die Angabe, daß eine systematische Ausbeutung der Gefangenen erfolgt, daß vor kurzem ein Strafgefangener in Lüneburg durch Mißhandlung und an Unterernährung gestorben sei.

Richtig ist, daß die Gefangenen die vorgeschriebene Ernährung erhalten, die gut und ausreichend ist, wie die Gesundheitsuntersuchung eines großen Teils der Gefangenen während der Haft erwies, daß durch Mißhandlung aber an Unterernährung kein Gefangener in der Anstalt gestorben ist.

Unrichtig ist die Angabe, daß während der Anstaltszeit die Anstaltsleitung die Arbeitsbeurteilung der Gefangenen entwerfen ließ.  
Richtig ist, daß auch während dieser Zeit infolge vorzüglicher Beschäftigung von Jugenberufsmitteln durch die Anstaltsleitung diese weit unter dem Tagespreise an Gefangene ausgegeben werden konnten.

Unrichtig ist die Angabe, daß über die Entwertung beschwerdeführender Gefangenen deswegen Arrest angedroht wurde.

Unrichtig ist die Angabe, daß der Gefangene Celte, als er eine Beschwerde vorbringen wollte, gefoltert, ja, daß er deswegen Blut erbrochen habe und daß er den Folgen einer Mißhandlung und an Hungerstich gestorben sei.

Richtig ist, daß Celte, nachdem ihm ein vorgetragener Wunsch nicht erfüllt werden konnte, sich weigerte, in seine Zelle zu gehen und als er in die Zelle abgeführt wurde, bestigsten Widerstand leistete. Er hat nach diesem Vorfall kein Blut erbrochen, ist nicht an den Folgen einer Mißhandlung und nicht an Hungerstich, sondern später an tuberkulöser Bauchfellentzündung verstorben.

Unrichtig ist die Angabe, daß Gefangene, die gegen einen Beamten als Zeugen auftreten, deswegen mit Arrest bestraft werden.  
Unrichtig ist die Angabe, daß einem Gefangenen die Fußbefreiung entzogen worden wäre.

In Vertretung ge: Dr. Lemark, Vogtlaubig B e e r, Zuchtsinipetor.

Diese „Berichtigungen“ tragen leider das betrübliche Merkmal, daß sie im wesentlichen falsch sind, denn

1. sind die angeführten Kojen durch Wände getrennt, aber nach dem Gang hin durch starke Eisengitter abgeschlossen. Man kann also in die Kojen hineinsehen.

2. Die Zagsäle charakterisiert zur Genüge die angebliche Richtigkeit, Stellung des Strafvollzugsamtspräsidenten. Dessen Berichtigung ist vollkommen überflüssig, denn wir hatten von Anfang an nur behauptet, daß die Kojen durch starke Eisengitter abgeschlossen seien. Es wäre den Gefangenen wohl leicht fallen, wenn diese Eisengitter sich nicht zum Gang, sondern zu den Zellen ihrer Mißgefangenen hin befänden. Aber diese Einrichtung zu treffen, wird sich Dr. Lemark nicht scheuen.

Die Kojen, überhaupt das ganze Lüneburger Zuchthaus, sind ein Arbeitsgefängnis aus der Reubritterzeit. Als Zellen dienen mittelalterliche, überaus niedrige Kojen oder „Steinräde“.

2. In Zellen Steinräde müssen sich die Gefangenen zwei Stunden lang aufhalten.

Die Behauptung, daß die Anstaltsleitung während der Anstaltszeit die Arbeitsbeurteilung nicht entwerfen ließ, ist eine glatte Unwahrheit. Denn nachgewiesenermaßen hat man den Verdienst der Gefangenen so entwertet lassen, daß sie sich für monatelange Arbeit beispielsweise nur eine kleine Stange Biermalt kaufen konnten.

Ebenso verlogen ist die Behauptung des Dr. Lemark, daß der Gefangene Celte nicht gefoltert worden sei. In Wirklichkeit erhielt er — dafür sind mehrere Zeugen vorhanden —

von einem Beamten einen so heftigen Faustschlag an den Unterleib, daß er in sein Nachgeschwür Blut erdrach.

Die Anstaltsleitung des Lüneburger Zuchthaus möge also gefälligst etwas vorfichtiger mit ihren Behauptungen sein.

Aber: Schnell fertig ist der Lemark mit dem Wort, und so stellt er den Fall Celte in einer Art und Weise dar, die, wenn sie auch nicht direkt als Lüge erwiesen, so doch mindestens eine völlig verkehrte Behauptung ist, da die gerichtliche Untersuchung in diesem Fall noch schwebt.

Die Angaben über die Mißhandlungen und über die Verurteilung der Notdurft sind uns herzlich von Gefangenen, die sich noch im Zuchthaus fielen und von Gefangenen, die aus dem Zuchthaus entlassen wurden, mündlich gemeldet worden. Die Briefe sind von der Zuchthausverwaltung gesehen worden; die Verwaltung hat also die von uns veröffentlichten Angaben selbst in den Briefen gelesen und die Briefe ohne jede Mißbilligung und Einwürde veröffentlicht. Kommentar hierzu überflüssig.

Wir enthalten uns vorläufig noch der Veröffentlichung des Materials, das uns über die Lüneburger Zuchthauszustände zur Verfügung steht. Denn unsere Berichtigung der „Berichtigung“ der Anstaltsleitung beweist zur Genüge, was es mit der Wahrheit ihrer Zuschriften auf sich hat.

# Ungarisches Mörderborado

## Die Erzbergermörder werden nicht ausgeliefert

(Sig. Drahtim.) Budapest, 18. August.  
Die Mörder Erzbergers hatten sich auf dem Gut des ungarischen Polizeiführers Gömbös auf. Natürlich hat die ungarische Polizei die Herren, die mit ihren ungarischen Freunden neue internationalistische Pläne schmieden werden „gehen“ noch irgendwie bestraft. Erst durch die Meldung der Presse sah sich die Polizei veranlaßt, auf dem Gut von Gömbös Nachforschungen anstellen. Die ungarische Polizei erklärt, daß die verhafteten Deutschen unter keinen Umständen an Deutschland ausgeliefert werden. Selbst wenn es sich um einen Erzberger-Mörder handelt, wird ihm außer anderen Rechten das Asylrecht gewährt bleiben.

# Große Steigerung der Erwerbslosenzahl

Die offiziellen Meldungen über die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen weist eine große Steigerung für die zweite Julihälfte auf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß große Teile von erwerbslosen Arbeitern nicht unterrichtet werden, also nicht in diese Zahl einbezogen werden. Mancher fragt, wie weit reicht der Hinweis der unterrichteten Erwerbslosen der Wirklichkeit entspricht. Nach diesem Hinweis ist in der Zeit vom 15. Juli bis zum 1. August die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen um 18,5 Prozent gegen a auf 328.000. In Wirklichkeit dürfte die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland eine Million überschreiten.

# Der neue Betrug an den Erwerbslosen

## Das Reichsamt sabotiert die Beschlüsse des Reichstages

Der „Ausschuss Reichsanwalt“ veröffentlicht jetzt die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung mit folgender Ordnung:

Auf Grund des § 10 Absatz 1 der Verordnung über die Erwerbslosenunterstützung vom 16. Februar 1924 (RGBl. I, S. 127) wird nach Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung angeordnet:

- Die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung betragen vom 1. August 1924 ab bis auf weiteres wochentäglich in den Orten der Ostfälischen A.
 

1. für männliche Personen:	I	II	III
a) über 21 Jahre . . . . .	1	10	11
b) unter 21 Jahre . . . . .	54	60	66
- für weibliche Personen:
 

a) über 21 Jahre . . . . .	80	90	100
b) unter 21 Jahre . . . . .	48	55	60
- als Familienzuschläge für:
 

a) den Ehegatten . . . . .	30	35	38
b) die Kinder und sonstige unter- haltungsbedürftige Angehörige . . .	22	25	27

Die Ostfälischen B, C, D und E verringern sich die Höhe um je sechs Pfennige für die Personen unter Ziffer 1, a, um vier Pfennige unter 1, b, um fünf Pfennige für weibliche Personen über 21 Jahre, um 4 Pfennige für solche unter 21 Jahren und die Familienzuschläge um je zwei Pfennige für Ehegatten und einen Pfennig für Kinder im Wirtschaftsgebiet I und in ähnlicher Weise in den beiden übrigen Wirtschaftsgebieten. Pfennigbeträge, die nicht durch fünf Pfennige sind, können auf den nächsthöheren, durch fünf teilbaren Betrag aufgerundet werden.

Nach dieser Verordnung unterscheiden die einzelnen Ostfälischen wiederum verschiedene Wirtschaftsgebiete, was bisher nicht der Fall war; das bedeutet eine neue Differenzierung nur mit dem Zweck, nur wenige Erwerbslose in den Genuss der vollen Leistung der Unterstützung zu bringen. Doch nicht allein das; entgegen dem Befehl des Reichstages sind die einzelnen Unterhaltungsätze bei weitem nicht in dem Maße erhöht worden, wie der Beschluß es vorschreibt.

Der Reichstag beschloß unter Ablehnung der kommunalistischen Anträge, die Hauptunterstützungssätze um 20 bis 25 Prozent zu erhöhen. Nun bringt in der Ostfälischen A vor der Erhöhung der Unterstützungssätze für männliche Personen über 21 Jahre 84 Pf. pro Tag, im Wirtschaftsgebiet I (wie die Wirtschaftsgebiete heißen, wird nicht gesagt) wird dieser Satz auf 90 Pf. erhöht, also um ganze 7 Prozent, im Wirtschaftsgebiet II (also im Durchschnitt) um etwa 19 Prozent. Das ist der erste Betrag. Weiterhin wurde beschlossen, die Spanne zu erhöhen und männliche Erwerbslosen auf fünf zu haben. Diese Spanne ist wohl etwas verringert, aber bei weitem nicht aufgehoben. In der Ostfälischen A betrug bei den vorigen Sätzen die Spanne 17 Pf., nach den neuen Sätzen 10 Pf., für die Gesamtsumme ein immens erhöhter Betrag.

Außerdem sollten die Familienzuschläge um 50 Prozent erhöht werden. Der Zuschlag in Klasse A, alter Satz, betrug bei den

Ehegatten 22 Pf., jetzt 30 Pf., das ist eine Erhöhung um etwa 37 Prozent und nicht 50 Prozent. Jetzt ist der Betrag an Betrag. Die Regierung hätte überhaupt von jeder Erhöhung Abstand genommen, wenn nicht, wie die bürgerliche Presse schrieb, „Anruhen zu befürchten seien“.

Neben diesem Betrag der Regierung steht gleichzeitig eine Sabotage der einzelnen Landesregierungen ein, die, wie Bayern, Mecklenburg und Württemberg, nicht daran denken, die Erhöhung gemäß der Verordnung durchzuführen. Die Erwerbslosen werden also alle Ursache haben, erneut auf den Plan zu treten, um dieser Sabotage und dem Betrug gemeinsam mit den im Betrieb arbeitenden Brüdern den aktiven Kampfwillen des Proletariats entgegenzusetzen.

# Nur noch die Hälfte der Geburten von 1913!

Die Sterblichkeit hatte im Monatsdurchschnitt 1913, berechnet auf 1000 Einwohner und aufs Jahr, im heutigen Reichsgebiet 14,8 betragen. Sie ist jetzt günstiger: Dezember 1923 betrug sie nur 12,1. Januar betrug sie 12,7, Februar 12,5, März 13,7, April 14,9, Mai sogar nur 10,6 oder 42,7 p. Z. Die Fruchtigkeit der Eltern hat nach einigen Schwankungen im Mai wieder den Vorkriegszustand mit 7,8 erreicht. Die Fruchtigkeit der Geburten ist dagegen fast auf die Hälfte von einst gefallen. 1913 hatte sie 27,0 betragen, im Monatsdurchschnitt 1913 wenigstens noch 15,5, im Januar 1924 sogar 16,2. Im Februar war sie aber nur noch 14,6, im März 13,7, April 14,5, Mai 14,6 oder 54 Prozent der im letzten Friedensjahre.

**A. B. D.**  
Bezirksleitung für Halle-Merseburger  
Sachsen - Halle - Verbandsliste 14. Fern-  
amt 1478 - Schicksalstr. 10/101  
Zentr. Halle - Verbandsstr. 6  
Geschäfts: Täglich 9 bis 6 Uhr Sonn-  
abends nachmittags geschlossen.

**Erstgruppen Halle**  
Erstgruppenversammlung, Dienstag, abends 8 Uhr, in der „Proletariat-Gesellschaft“.

**Kreis Bitterfeld**  
Bitterfeld, Dienstag, 19. August, abends 8 Uhr, „Bürgergarten“; Kreisoffizieller  
Besprechung.

**Kreis Weißenfels**  
Weißenfels, Dienstag, den 19. August, abends 8 Uhr, im Metzlarbeiter-Bureau;  
Sonderausstellung.

**Kreis Merseburg**  
Merseburg, Donnerstag, 21. August, abends 8 Uhr, im „Roten Eisen“; General-  
Mitgliederversammlung.

**Kreis Wittenberg**  
Wittenberg, Dienstag, 19. August, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“ Kleinwittenberg;  
Sitzung der kommunalistischen Kreisleitung, Kreisamtliche und Gewerkschafts-  
aussch. anwes.

**Kreis Eisenwerder**  
Eisenwerder, Mittwoch, 20. August, abends 8 Uhr, im „Katholisch“; Sitzung der  
Kreisleitung.

**Kreis Coswig**  
Coswig, Donnerstag, 21. August, abends 8 Uhr, „Katholisch“; Mitgliederversammlung.  
Katholischer-Gewerkschaft, Donnerstag, 21. August, abends 8 Uhr, im Café Coswig;  
Mitgliederversammlung.

**„Naturfreunde“, Dis-  
triktgruppe Zeit**  
In unserem am Sonntag, dem 23. August und  
Sonntag, dem 24. August in Zeit stattfindenden  
**Kultur- und Werbetag**  
bitten wir die Ortsgruppen unseres Bezirks, sowie alle  
proletarischen Jugendverbände recht zahlreich zu erscheinen.  
Wir ermahnen alle proletarischen Eltern an ihre eigene  
Jugendzeit, doch keinesfalls selbst und jetzt wertigen Sit-  
zung am Freitag einer neuen Zeit mitzuteilen.  
Die Ortsgruppen-Listung

**Zeitungsträger**  
Johst gesucht. Meldungen bei  
**Wäldner, Friederichsdr., Kreis  
Bitterfeld**

**Druckladen**  
aller Art liegen zu  
erhalten. Besondere  
die Anweisung Buch-  
und Anstaltverord-  
ner. Proletariat-Ver-  
einigung, G. M. L. S.  
Halle, Verbandsstr.  
1046, 1047, 2251.  
Besprechungen  
Vertrauensleute  
den Besuch unserer  
Bücherei.

**Zeitungsträger**  
für **Kaumburg** bei **Luphammer**  
Johst gesucht.  
Zu melden bei **Meergans,  
Waldwieg (Wolfschau)**

Donnerstag, den 21. August, abends 8 Uhr, im  
rührer Transport **prima**  
**hannoversche Zerkel**  
**Läufer- und Futtererhweine**  
preislos zum Verkauf. 2450  
**H. Richter, Trostberg Str. 50,  
Tel. 170, Leipzig 3752.**  
Sehr günstige Zahlungsbedingungen

**Zeitungsträger**  
für **Obersiebenbrunn a. Selme**  
für Johst gesucht. Zu melden bei  
**Otto Schätze**

**Zeitungsträger**  
für **Sieletta (Saalreis)** per  
für Johst gesucht. Meldungen beim  
Verlag „Klassenkampf“, Halle (S.),  
Berdenstr. 14.

**Zeitungsträger**  
für **Clöbigau** per Johst gesucht.  
Meldungen beim Gen. **Hausen-  
reißer, Schütze** bei **Mücheln.**

**Al. Langhaar, Hündin,**  
weiß, mit gelben Flecken, Angel-  
obren und langem Schwanz, hört  
auf den Namen Sule, Mittwoch  
am Gitterbahnhof entlaufen.  
Bei Wegnahme abzugeben bei  
**Stegen, Brunoswarte 32**

**DRUCKWERK**  
Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH, Halle, Lerchenfeldstr. 14 :: Fernruf 1045, 1047, 2251

## Halle und Saalkreis

### Der Rote Frontkämpfer-Bund

Die Trommel ruft durch weite Reich,  
Ihr Weibel ist dem Donner gleich,  
Herbei! Herbei! Herbei!  
Es kommen hundertaufender Mann  
Und immer mehr. Sie treten an  
Zu endlos langer Arbeit.

Wie froh ist unser Feinde Jaht,  
Da schmarotztgoll, ob national,  
Wir wurden feils gerichtet,  
Drei Jahre Krieg! Vier Jahre Tod!  
Sechs Jahre Frieden! Zehn Jahre Not,  
Die haben uns vereint!

Nun stehen wir da in roter Front,  
Was wir vor Jahren haben gekannt,  
Das werden wir heute noch können,  
Und was wir tun, das tun wir gern,  
Für uns und unserer toten Stern,  
Nichts soll uns von ihm trennen.

Trost wird markiert, Heil Mostak!  
Der Stern führt das eigene Volk,  
Es nahet die rote Front,  
Heil Mostak! Ich's noch Naß und Fern,  
Der Ruf gilt unserm toten Stern  
Und unserm roten Bund.

### W. Tropfen.

### Ausmarsch des Roten Frontkämpfer-Bundes

Der Rote Frontkämpfer-Bund unternahm am Sonntag einen Ausmarsch nach Döla u. Von den Vereinsmitgliedern ist zum Hauptzweck, nach wo die Frontkämpfer, in der Nähe eingeteilt, nach der Seite gehen. Beim Einmarsch in Döla rief die gut disziplinierte Truppe starke Erregung unter dem Döläner Spielführer hervor. Der Kriegsveteran hatte zwar eine Feind am Sonntag, festgelegt, die Festlegung sehr gering. An verschiedenen Stellen wurde eine Verarmung abgehalten. In Döla sind dort waren Döläner, Zeitner und Schöpfer Kameraden verarmt. Kamerad Bormann hielt das Referat. Es wurde zum Schluß eine Ortsgruppe gegründet, die sofort eine starke Mitgliedschaft erhielt. Am Sonntag wurde zur Anschaffung von Musikinstrumenten ergab sich erklärt.

Am 1. August mittags war der Zug wieder in Halle, wo er sich auf der Weisheit auflöste.

Der Ausmarsch hatte eine starke Teilnehmerzahl zu verzeichnen und ist ein guter Beginn gewesen. Die Rote Frontkämpfer-Bund marschiert, er erobert in jedem Ort die Herzen der Arbeiter, die sich erfrischt abenden von den Schuljahren des Kapitales, vom Stahlhelm und dem schwarzrotgelben Reichsbanner.

### Stahlhelm besiegt Schupo

Sonntag und Sonntag war wieder einmal Stahlhelmmusik in Halle. Aber die Stahlhelmer haben jetzt kein Vergnügen mehr daran, sich mitten in der Stadt zu zeigen, weil ihre Zahl ebenfalls aufnahmehinnehmend ist. Sie machen jetzt ihren Laden an der Verhörstraße der Stadt auf, und so kam es, daß die beiden Schupos in der Stadt aufzogen. Am 1. August wurde der Schupo den Zug an und forderte die Teilnehmer auf, auseinanderzugehen. Darauf gingen sie, wenn auch aufgelöst, in Formation weiter, sammelten sich aber schnell wieder und langten das Ehrerbildung an der Polizeiwache Trothaer Straße. Dort hörten neun Schupos heraus und wollten den Zug wiederum auflösen. Die Stahlhelmer kämpften sich aber nicht darum, der Lambour aber lagor das Feld zum Weiterziehen. Er wurde feilgenommen und zur Wache geführt. Verschiedene Stahlhelmer wurden mit riefen den Schupos zu: Verleumdete Judenbänder und ähnliche Ausdrücke.

Die Schupo blieb ruhig und nahm trotz der Zursache keinen von den Stahlhelmen für die Arbeiter, schickte diese die Gefangen-patienten, schlugen auf sie ein und räumten die Straße. Nun erließen das Ueberfallkommando

### ganze vier Mann gegen dreißig

und forderte zum Weitergehen auf. Die Stahlhelmer lehnten sich nicht in geringem Maße auf. In der ersten Reihe, sie provozierten die Schupo, die sich nicht nur alles gefallen ließ, sondern mit großer Geschwindigkeit den verhassten Lambour wieder herausgab. Die Stahlhelmer jogten darauf unter Siegesgeheul weiter.

Das ist die Praxis der schwarzrotgelben Theorie, die bei Herrn Kunges Schupo gepflegt wird. Wenn Arbeiter das getan hätten, es wäre sicherlich ein Wutsturm unter ihnen angezündet worden. Aber Stahlhelm und republikanische Verbände sind ja gleiche Würde, wenn sie auch verschiedene Krappen tragen.

### Krieg dem Kriege oder nie wieder Krieg?

Der in Halle fast unbekannt Landwehrerbund, v. Halle, ist am Sonntagabend zum erstenmal an die Öffentlichkeit getreten. Er veranstaltete in der Aula des Real-Gymnasiums, Friedenstreue. Ein literarisches Abend mit dem Inhalt: Krieg dem Kriege? Der Saal war ungenügend und meist nur von Angehörigen der bürgerlichen und proletarischen Jugendbewegung besucht.

Der Abend wurde angefüllt mit Negation und Vorlesungen aus Hans Albert Forsters "Warum" und aus Leonard Frants "Der Mensch ist gut". Den Höhepunkt des Abends sollte eine Handlung: "Der Krieg, keine Lösung und die Revolution" sein. Aus dem ungenügenden ist noch hervorzuheben die Forderung: "Der Mensch ist gut", die einen tiefen Eindruck bei den Besuchern hinterließ. Es genügt nicht nur, die Grauel des Krieges in ihrer schärfsten Form zu zeigen, sondern auch die Konsequenz zu ziehen, nämlich den unzerstörlichen Charakter des Proletariats zur Bekämpfung der imperialistischen Kriege, sonst kann es leicht zum Sozialismus werden. Die Negation wie die Handlung zeigten dieses in ungenügender Weise; zu der Handlung ist noch zu sagen, daß der Sinn nicht ganz klar war. Es kam nicht recht zur Geltung, weil bei einigen Ausführungen das notwendige Temperament fehlte.

Der Landwehrerbund, der seinen Hauptzweck in Leipzig hat, ist aus der bürgerlichen Jugendbewegung hervorgegangen. Er vertritt die Einstellung zum Proletariat. Der Landwehrerbund verbindet mit sich noch sehr viel bürgerliche Elemente, die demokratisch-pazifistische Elemente des Bundes muß es sein, sich der demokratisch-pazifistischen Elemente zu entledigen, die Aktionsnotwendigkeit des Proletariats anzuerkennen und sich gegenständlich mit dem Proletariat zu verbinden. Nur so wird die Kampfkraft des Proletariats erhöht und durch gemeinsamen Kampfeswillen

### Spießbürger-Lagung

Gestern konnte man einen Trupp Spießbürger, weißer Handbische und gemauerte Bäume unter Vorantreten einer Fahne über den Paradeplatz gehen sehen. Es folgte ihnen eine große Reihe von "Kriegsveteranen". Das war im Bild vom 4. mitteldeutschen Handwerkerkongress. Die Herren "Kriegsveteranen" und reaktionären Spießbürger hatten sich eingeladen und über die Lebensfragen des Handwerks" gefachelt. Nahe, der niemals fehlt, wenn es etwas Deutschnationales zu feiern gibt, war selbstverständlich vertreten und rief den Spießbürgern zu: "Gott grüße, Gott segne das ehrliche Handwerk". Bei den Reden, die gehalten wurden, erörte immer wieder der Spießbürger, "Wir wollen nicht untergehen". Sie wollen, wie vor dem Kriege, noch eine Rolle im Wirtschaftlichen spielen und leben nicht, daß sie vertreiben werden, daß sie trotz ihrer schwarzeiweißen Bekleidung aufgeben werden und Kapitalismus selbst, der sie durch seine Trübs und Konzerne verdrängt. Etwa wollten sie nicht zahlen, sondern sie. Es sollte eine deutliche Notwendigkeit geschaffen werden im Zusammenhang mit "Industrie", in der auch der deutsche Arbeiter seinen ihm zukommenden "Anteil" findet. Was die Sozialfrage für den dem Arbeiter zukommenden Platz hält, weiß jeder Prolet, der zwölf Stunden bei färglichstem Lohn schlafen muß. Und wenn er dagegen rebelliert, ist er ihm zukommend Platz das Zugeständnis.

Selbstverständlich hielt bei dieser Gelegenheit der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Leo p. d. Direktor der den Sinnlosen Riebeck-Montanwerke, eine Hebräe gegen den Marxismus. Das ist kein Spezialgebiet, seit der Zeit, da es das Verbot des "Klassenkampf" bei keinem Freunde Garres managed wollte. Gerade dieser reaktionäre Vertreter der Spießbürger, der ganz genau weiß, daß die Entwidlung des Handwerks langsam ist, für sich große Zune an über die Notwendigkeit der Weiterentwicklung und betonte besonders, daß die Industrie immer etwas übrig haben werde. So hält man das verfallende Kleinbürgertum immer in Schach gegen die Arbeiterkraft. Und das war auch der Zweck der Werbung.

### Er weiß nicht mehr, was er früher war

Der Hausbesitzer Oskar W. A., Wiesenauer Straße 108, verzicht ganz und gar, daß er früher sein Brot durch eigene Arbeit verdienen mußte. Aber durch die Tarifbewegung hat ihm, wie jedem Schieber in der freien deutschen Republik, ein Hauschen in den Schöß. Er ist der Ansicht, und die Mieter haben wohl zu achten, aber keine Rechte. Ende April gelang es ihm, einen Mieter zwangsweise aus seiner Wohnung zu entfernen. Mit großen herzlichen Reden hat er sich erklunden, dem Wohnungssamt allezeit vorzuliegen, um die Wohnung für sich zu reservieren. Aber es kam anders. Am 12. August wurde diese Wohnung zwangs-

### Der „Bolschewistische Kurs“ Nr. 3

das Informations- und Diskussionsblatt des Bezirks Halle-Merzbürg

ist heute an alle Ortsgruppen herausgegangen. Da viele Funktionäre sich über mangelhafte Zustellung beschwerten, alten Genossen zur Information, daß alle Ortsgruppen sofort mit der Verteilung beginnen müssen. Sobald der „Kurs“ in den Ortsgruppen ankommt, ist es allen Funktionären zuzustellen!

Beschwerden müssen sofort an die Bezirksleitung gerichtet werden, damit Mängel beseitigt werden können.

APZ, Bezirksleitung Halle-Merzbürg.

weise geräumt, und der Herr Sohn mußte sich auf den Boden zurückziehen. Als nun der neue Mieter einzog, empfing ihn Herr K. mit ein toller Saier, denn der Mieter ist Prolet mit folgenden Ausführungen: "Aber Sie sind ein Spießbürger, Sie sind ein Spießbürger, aber ich will keine Handwerkerburden in meinem Grundstück haben." Sein Wut war so groß, daß der Keller, den der neue Mieter inne hat, mit allerhand Dreck, allen Töpfen usw. gefüllt wurde, so daß der Mieter gezwungen war, eine Jahre voll abzugeben. Mit Polizei mit er nichts zu tun, er ist selbst Prolet; seine Schwägerin ist Prolet. Jeder, der hier in die Wohnung zieht, wird so lange folianiert, bis er von allein wieder aussieht. Aber der laubere wüstige Feld hat sich vor zwei Jahren selbst eine Wohnung angeeignet ohne Wohnungssamt, so daß er 6 Zimmer inne hat, wo ein Zimmer für die Arbeiter in der ersten Etage benutzt wird. Hier wird Arbeit für Wohnungssamt! Aber die Zeit kommt, wo die Mieter den Spieß umdrehen und ihm den Lohn, den der Wirt gut verdient, zurückgeben.

### Sommerfest des DWA.

Die taunrige weltstädtische Lage der Arbeiterkraft, insbesondere die neue Krise in der Metallindustrie, drückte auch dem Sommerfest

durch den Bürgerkrieg die bestehende Gesellschaftsordnung gelähmt und der Weltfrieden, die klassenlose Gesellschaft des Kommunismus erschüttert. Die kommunistische Jugend ist die alleinige Jugendorganisation zur ernsthaften Bekämpfung des kommenden imperialistischen Krieges.

### Kunst der Gegenwart

Kunst der Gegenwart - Graphiken und Malereien - wird in außerordentlich reichem Umfang und in besten Arbeiten, unter Mitwirkung bedeutender Kunsthandlungen und Gelehrten, eine Ausstellung in der ehemaligen Garulankstraße veranstaltet. Erste Meister sind in hochwertigen Arbeiten vertreten. Kollwitz, Barlach, Baluschek, Chagall, Grosz, Dix, Kerschmar, Halle, Jille u. a. bürgen für erste Qualität. Der Name Malereel, ein in Deutschland noch wenig bekannter, in Halle noch nicht gezeigter Meister der Holzschneiderei, ist mit einer sorgfältig ausgearbeiteten Kollektion Holzschneiderei vertreten. Am Sonntag, dem 24. August, wird die Ausstellung mit einer besonderen Feier, in der voraussichtlich Professor Baluschek, sowie der Dichter Ernst Toller das Wort ergreifen werden, eröffnet. Die Eintrittspreise sind sehr niedrig gehalten. Näheres wird noch bekanntgegeben.

### Die Schauspiele der Volksbühne im Spielfahr 1924/25

Reihe I: Völsing; Emilia Galotti; Moliere; Der Geizige; Moliere; Ein Wäscher; Wendenbrud; Die Heubenecker; Schindler; Die Fahrt nach Oranien.

Reihe II: Grillparzer; Wehea; Schafepater; Ein Sommerstraum; C. Hauptmann; Und Pippa tanzt; Strindberg; Die Kronstadt. Ein zeitgemäßes Schauspiel.

des DWA, das am vergangenen Sonntagabend im "Volkspar" stattfand, ihren Zweck auf. Bei den niedrigen Löhnen spielt eine Rolle (für große Einkünfte) in dem Grad des Proleten heute. Die erwerbsfähigen Kollegen hatten von dem "Wort" des freien Eintritts sehr wenig Gebrauch gemacht. Das ist zu verstehen, da sie bei den erbärmlichen Interaktionslöhnen nicht einen Pfennig für Genussmittel ausgeben können.

Die fähle Witterung würde ebenfalls ungünstig für den Verlauf der Veranstaltungen im "Volkspar" gelten. Das war um so mehr zu bedauern, da die gelobtenen Vorträge des Arbeiter-Singeregers, wie auch des Hallischen Mandolinen-Orchesters, wie immer - auf einer guten künstlerischen Höhe standen. Die im großen Saal gebotene Tanzgesellschaft hielt die Kollegen bis 1 Uhr in follester Stimmung zusammen. Einige Tanzwünsche verlangten absolut Veränderung bis 3 Uhr, doch mußte dieser Vorstoß abgelehnt werden, weil dieser mit bedeutenden Ausgaben (Steuern) verbunden war. Die Befürchtung einzelner Kollegen, daß die Veranstaltung mit einem Defizit abschließen würde, trifft nicht zu.

Den Gesangsbrüder, wie auch den Kollegen und Kolleginnen des Ersten Hallischen Mandolinen-Orchesters spricht die Anteilnahme an jeder Stelle für ihre freundliche Mitarbeit ihren Dank an.

**Kommunistische Jugend**

Heute, Dienstag, fällt das Spielen auf der Weisheit aus, dafür findet in der Produktivkommission ein überredend statt.

**Kommunistische Jugend** - zur Vorbereitung des 10. Internationalen Jugendtages treffen sich die eingeladenen Organisationen Dienstag, den 19. August, abends 8 Uhr, in der Produktiv. Pünktliches Erscheinen wird vorausgesetzt.

**Werbung, Funktionäre!** Die am Donnerstag, dem 21. August, geplante große Funktionärenlagung kann Umstände halber nicht stattfinden. Nähere Mitteilung erfolgt nach.

**Rote Frontkämpfer-Bund, Halle.** Heute, Dienstag, abend 7 Uhr Treffpunkt aller Roten Frontkämpfer Cde Soleda- und Deffauer Straße, Bahnhofsüberführung.

**"Bolspar".** Heute, abend, 15. Volksfest. Bei ungünstiger Witterung findet die Veranstaltung im großen Saal statt.

**Unfälle.** Am 16. August gegen 10.15 Uhr wurde ein Arbeiter in einem Straßenbahnwagen eine Frau einen Schlaganfall. Sie wurde von einem Polizeibeamten nach ihrer Wohnung gebracht. Am 16. August gegen 1.10 Uhr normierte eine männliche Person in der Dörlitzer Straße von Krämerfeld. Sie wurde zur Wache gebracht und konnte sich hier bald erholen. - Am 17. August gegen 2.15 Uhr nachts wurde eine männliche Person in der Weisheit Straße in Hofstetern Zustande aufgefunden und mit dem Krankenwagen nach ihrer Wohnung gebracht.

### Erwerbslosenei künstlicher Driftballen des Saalkreises

Am Donnerstag, dem 21. August 1924, findet eine Kreisfestung in der "Produktiv-Orgel" statt, wozu jede Driftballen-Vertreter zu entziehen hat. Vertreter von Könnern, Wittin und Lohbein sind besonders dazu eingeladen. Anfang 6 Uhr.

### Ammerdorf und Umgebung. Am Mittwoch, dem 20. August, findet im Lokal Krüger eine öffentliche Versammlung für die "Rote Hilfe" statt. Arbeiter und Arbeiterinnen, ergeht in Wallen.

### Das Dristomtee.

Mitlesen. Mehr Klassenbewußtsein. Ein Arbeiter schreibt uns: In unserem Ort mehren sich die Fälle, daß Arbeiter, und das alles auch Hausbewohner, in Lokale gehen, welche die Bruttokasse der Konterrevolution sind. Da die Arbeiter schaff die Kämpfe vergessen, die geführt werden, weil die Wirte glauben, durch Entziehung ihres Lokales die Arbeiterkraft mit zu unterdrücken? Wer die Augen offen hat und sieht, wie das Aufwühlende mit einer Freiheit in letzter Zeit in das Arbeiterlokal rüberweht, kann, um so provozieren, der kann die Arbeiterkraft zur entgegenen: Schließt Euch zusammen, organisiert Euch im Bund der Roten Frontkämpfer. Seht diesen wilden hemmischen Konterrevolutionären einen Damm entgegen, denkt an die Kämpfe und die Opfer, welche gebracht worden sind. Wenn Ihr schon Gutes trinken müßt, erachtet das Klassenbewußtsein, es in dem Lokale zu trinken, wo man Euch nicht über die Schulter ansieht und Ihr eure Euren Interessen betreiben könnt. Also mehr Klassenbewußtsein und Solidarität gegenüber dem kämpfenden Proletariat!

### Das Wort

Aus dem Inhalt der Nr. 86: Das Wort ist ein neues Haus, die Weltklosterzeugung. Dem Zuhörer gefüllt nach der Zuhör. Die revolutionären Aufgaben der ehemaligen Kriegsteilnehmer. Ausführungen über die W. B. Sozialismus und der Suiz. Rotisten. G. Kullion: Der Ausgleich (drei Szenen proletarischer Gerechtigkeit von Max Baret).

Kaufland recht neuerdings wieder gewaltig im Brennpunkt der Weltkriege (in a. erfolgreicher Abschlus des Konflikts mit der Weltkriege) rüberweht, kann, um so provozieren, der kann die Arbeiterkraft zur entgegenen: Schließt Euch zusammen, organisiert Euch im Bund der Roten Frontkämpfer. Seht diesen wilden hemmischen Konterrevolutionären einen Damm entgegen, denkt an die Kämpfe und die Opfer, welche gebracht worden sind. Wenn Ihr schon Gutes trinken müßt, erachtet das Klassenbewußtsein, es in dem Lokale zu trinken, wo man Euch nicht über die Schulter ansieht und Ihr eure Euren Interessen betreiben könnt. Also mehr Klassenbewußtsein und Solidarität gegenüber dem kämpfenden Proletariat!

### Die Opern der Volksbühne im Spielfahr 1924/25

Reihe I: Weber: Turandot; Weismann: Schwanenweiß; Verdi: Aegleto; Mozart: Così fan tutte (So madens all); Willford: Pestalenzen.

Reihe II: Wagner: Tristan und Isolde; Cornelius: Barbier von Bagdad; Hindel: Koboldin; Wolff-Ferrari: Neugierige Frauen; Offenbach: Orpheus in der Unterwelt.

### Volksbühne. In diesem Spielfahr werden nur 8 Welt, zu je 2.20 Mt. für je 10 Vorstellungen im Stadttheater erhoben, so daß auf jede Vorstellung 1.60 Mt. und 16 Mt. Vermaltungsbeitrag einfließt. Sonderabgabe um Zeitlich "Kunst und Volk" entfällt. Die neue Erhebung von 10 Mt. im Bereich von 20 Mt. wird dadurch bedingt, daß in diesem Jahre 5 Opern gegeben werden, während im Vorjahre nur 3 Opern auf 10 Vorstellungen entfielen. Die erste Reihe beginnt mit Weisung, Emilia Galotti, die zweite mit Wagner, Tristan und Isolde. Die ersten Beitzugsmarken werden ab morgen bis 30. August in der Geschäftsstelle ausgeben.

**Stadtheater.** Befestungen auf Dienstag und Freitag-Samstagen werden bereits seit dem geliebten Montag an der Kasse des Stadttheaters entgegengenommen. Diejenigen Stammtanten inhaber, welcher bis morgen, Mittwoch, 2 Uhr ihr Anrecht nicht erneuert haben, werden darauf aufmerksam gemacht, daß dann über die Plätze anderweitig verfügt werden muß, da zahlreiche Neuanmeldungen vorliegen.

**Stadtheater.** Am Mittwoch, dem 20. August, gelangt im Stadttheater die eigenartige amerikanische Grottesk "Mein Baby" (das ungeborene Kind), von Maxer Hago, zur Erhaltung unter der Regieleitung von Dr. Emil Sauer.



# Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampforgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Bezugspreis:  
Einzelnummer 10 Pfennig

Berlin, im August 1924

Verlag: Vereinigung Internationaler Verlags-  
anstalten GmbH, Berlin, Manufer 17  
Red.: Wilm Schöndel, Berlin, Rosenthaler Str. 38

## Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Von Fritz Hedert.

### I.

Der 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale und nach ihm der 3. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale haben zur Frage der Herstellung der nationalen und internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung wichtige Beschlüsse gefaßt. Bei seinen Ausführungen zu dieser Frage auf dem 3. Kongreß der R.G.Z. erklärte am Schlusse seiner Rede der Gen. Tomski, der Vorsitzende des Russischen Gewerkschaftsbundes:

„Wir schlagen vor, vor den Arbeitermassen und der gesamten Gewerkschaftsbewegung die Frage einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale in vollem Umfange aufzurollen.“

Nachdem Tomski noch einmal alle Gründe, die für die Herstellung dieser Einheit nach seiner Ansicht sprechen, aufgezählt hat, fährt er fort:

„Aus all diesen Gründen und im Interesse einer wirklichen Klassenpolitik müssen wir begreifen, daß es (die Herstellung dieser Einheit) kein Manöver, keine agitatorische Maßnahme, sondern das wichtigste Problem ist, das gegenwärtig für die Arbeiterbewegung existiert und das wir zu lösen haben.“

Im Sinne der Ausführungen Tomskis hat dann der R.G.Z.-Kongreß eine Resolution mit allen gegen 2 Stimmen angenommen, in der der Kampf für die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit im internationalen Maßstabe gefordert wird. Die Resolution legt die Notwendigkeit der Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterschaft zur erfolgreichen Abwehr des Ansturms des Kapitals dar. Die Resolution erklärt weiter, daß der Kampf um die Einheit nicht ausschließen darf und kann den Kampf gegen jedwede Aeußerung des Reformismus in der nationalen wie internationalen Gewerkschaftsbewegung, daß er zur Voraussetzung hat eine breite Kampagne in den proletarischen Massen für diese Einheit, daß ein internationaler Einheitskongreß aller der Amsterdamer und der R.G.Z. angeschlossenen Organisationen bzw. revolutionären Minderheiten die beste Möglichkeit bietet, eine gleichzeitige und volle Verschmelzung zu verwirklichen, daß im Interesse der Herstellung dieser Einheit mit der Amsterdamer Internationale und insbesondere den englischen Gewerkschaftsverbänden Fühlung zu nehmen sei, daß alle der R.G.Z. angeschlossenen Organisationen jede Gelegenheit wahrnehmen sollen, um unter der Kontrolle der R.G.Z. Verhandlungen über die Verwirklichung der Einheit mit der Amsterdamer Internationale oder mit ihren nationalen Organisationen einzuleiten, daß jeder Schritt aber in der Richtung der Herstellung der Einheit von internationaler Bedeutung unbedingt unter der Kontrolle der R.G.Z. stattfinden müsse und spricht an,

daß eine unermüdlige propagandistische aufklärende Arbeit unter den Massen unter der Parole der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung die Möglichkeit schaffe, in nächster Zeit eine Einheitsfront gegen das internationale Kapital zu verwirklichen.

Die Beschlüsse des 5. Weltkongresses der R.Z. und des 3. Weltkongresses der R.G.Z. zur Gewerkschaftsfrage haben bei einem Teil der revolutionären Arbeiter Bewunderung hervorgerufen. Sie fragen, ob diese Beschlüsse nicht in einer vollkommenen Verleumdung der Situation gefaßt worden seien, denn es stehe doch fest, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsführer immer mehr zu Lakaien der Bourgeoisie werden, daß deren ganze Politik ein sorgloser und unehörtlicher Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse sei. Wie könne man den Arbeitern zumuten, mit solchen Leuten in eine Kampf-gemeinschaft zu treten? Außerdem würden aber die Amsterdamer nach einer Verschmelzung das Proletariat nicht nur erneut verraten, sie würden sich der Verschmelzung überhaupt entgegensetzen und was das wichtigste sei, das Proletariat verstoße einfach nicht diesen vorgeschlagenen Weg.

Wir müssen uns mit diesen Einwendungen ernst auseinandersetzen, denn sie sind ganz sicher nicht belanglos. Soweit der kommunistische Teil des Proletariats in Frage kommt, sollte das Verständnis für diesen Schritt verhältnismäßig leicht gefunden werden, denn die Einwendungen über die verräterische Rolle der Amsterdamer sind doch keine neuen Einwendungen, sie sind doch nur Konstatierungen von bekannten Tatsachen, die die Kommunisten bei ihrer Arbeit längst in Rechnung gestellt haben. Es sei nur erinnert an die Ausführungen Lenins in seiner Schrift „Der Radikalismus, die Kinderkrankheiten des Kommunismus“. Hier schrieb unser großer Führer:

„Die Arbeit innerhalb der reaktionären Gewerkschaften zu unterstützen, bedeutet nicht genügend entwickelte oder zurückgebliebene Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder „verbürgelichter“ Arbeiter anzuliefern. Diese blödsinnige „Theorie“ der Nichtbeteiligung der Kommunisten an den reaktionären Gewerkschaften zeigt uns am allerdeutlichsten, wie leichtfertig diese „Linken“ Kommunisten die Frage des Einflusses auf die Massen behandeln, wie sie in ihren Schreierien das Wort „Massen“ mißbrauchen. Wenn man verstehen will, der Masse zu helfen, die Sympathien, das Mitgefühl, die Unterstützung der „Massen“ zu erobern, darf man keine Schwierigkeiten scheuen, keine Ausräumungen, keine hinterlistigen Streiche, keine Beleidigungen und Verfolgungen von Seiten der „Führer“ fürchten (die als Opportunisten und Sozialchauvinisten in der Mehrzahl der Fälle unmittelbar oder mittelbar mit der Bourgeoisie

und der Polizei verbunden sind), und muß unbedingt dort arbeiten, wo die Masse ist. Man muß verstehen, jedwede Opfer zu bringen, die größten Schwierigkeiten zu überwinden, um systematisch, hartnäckig, standhaft, geduldig gerade in den Institutionen, Gesellschaften und Gewerkschaften Propaganda und Agitation zu betreiben, selbst wenn es die reaktionärsten sind, wenn nur eine proletarische oder halbproletarische Masse in ihnen vorhanden ist."

In diesen Ausführungen ist unzweideutig die Linie der Kommunisten zur Gewerkschaftsfrage umrissen. Wer also gegen die vom 3. Kongreß der K. G. festgelegte Politik sich wendet, muß den Nachweis antreten, daß unsere alte Argumentation eine falsche ist oder daß eine Situation eingetreten ist, die die Aenderung dieser Linie notwendig macht.

Prüfen wir aber die Lage, so stellen wir fest, daß die Periode der Auseinandersetzungen in der Arbeiterklasse über die Richtigkeit der reformistischen oder der revolutionären Gewerkschaftspolitik verbunden ist mit einer allgemeinen Offensive des Kapitals auf die Arbeiter.

Die revolutionäre Welle, die nach Beendigung des Krieges ausbrach, hielt an bis Ende 1920. In diesem Jahre tritt der Umschwung ein. Der Rückzug der Arbeiterklasse beginnt. Immer mehr Länder werden von der rückläufigen Bewegung erfaßt. Besonders ist mit diesem Umschwung der Ausbruch stärkerer Differenzen in der Gewerkschaftsbewegung verbunden. Die revolutionären Elemente klagen die Reformisten an, daß sie durch ihre schändliche Politik die Niederlage der Arbeiterklasse herbeigeführt haben. Die Reformisten antworten mit Ausschließen der revolutionären Elemente und mit Spaltungen der einzelnen Organisationen oder sogar der Landesverbände. Die Erbitterung in den Massen wächst. Sie verlangen die Bildung revolutionärer Gewerkschaften. Fast in allen Ländern kommt es zu mehr oder minder großen Spaltungen. Nur die beiden Länder, die am wenigsten durch den Krieg gelitten haben, und in denen die Arbeiter am längsten ihre Positionen behaupten konnten, England und Amerika, werden von diesen heftigen Erschütterungen in der Gewerkschaftsbewegung verschont. Die Reformisten glauben, durch die Ausstoßung der revolutionären Elemente aus den Gewerkschaften bzw. die Spaltung der gewerkschaftlichen Organisationen werde es ihnen bald wieder ermöglichen, als ein scheinbar gleichberechtigter Faktor neben der Bourgeoisie auftreten zu können. Umgekehrt sind die revolutionären Elemente der Meinung, daß die Bildung selbständiger revolutionärer Organisationen es erlaube, schneller wieder die unzufriedene Arbeitermenge zusammenzufassen und mit ihnen den revolutionären Klassenkampf zu führen. Das Resultat dieser Ausstoßungen und Spaltungen ist aber für die Reformisten, daß sie ihren Einfluß auch bei ihren Bürgerfriedensgenossen aus der Bourgeoisie einbüßen. Andererseits gelingt es aber auch den revolutionären Kräften nicht, die breiten Arbeitermassen zu erfassen und mit ihnen einen erfolgreichen Kampf zu führen. Was ist die Folge? Durch die Spaltungen werden große Massen von Arbeitern wieder in den Indifferentismus getrieben und die Offensive der Kapitalisten insbesondere gegen den revolutionären Teil der Arbeiterklasse rücksichtslos durchgeführt, wobei die Reformisten als aktiv auf Seite der angreifenden Kapitalisten kämpfen.

Wir wollen durch einige Beispiele die Richtigkeit dieser Ausführungen belegen. Im Jahre 1921 wurde durch einen unerhört frechen Angriff des Reformisten Wibegay der französische Eisenbahnerverband gesprengt. Mit Hilfe der Polizei warf dieser reformistische Führer die revolutionäre Mehrheit aus dem französischen Eisenbahnerverband heraus. In einigen anderen Verbänden wurden ähnliche Praktiken angewendet. Die Erregung unter den französischen Arbeitern wuchs ins Ungeheure. Im Dezember 1921 wurde der Versuch unternommen, durch die Einberufung eines Einigungs-Kongresses seitens der revolutionären Elemente die Einheit des französischen Gewerkschaftsverbandes zu erhalten. Die Reformisten fühlten sich in der Minderheit und waren für eine Einigung nicht zu haben. Es kam

zur Spaltung des Gewerkschaftsbundes in die reformistische CGT. und die revolutionäre CGTU. Beide Organisationen sind ungefähr gleich stark. Ihre Gesamtmitgliedschaft beträgt ungefähr 600 000. Im Jahre 1920 aber war die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Frankreichs über 3 Millionen. Drei Jahre lang wurde ein erbitterter Kampf geführt um die Vormacht in der französischen Arbeiterbewegung. In dieser Zeit haben die Reformisten jeden Streit gebrochen; die revolutionären Arbeiter mußten ihre Kämpfe verlieren. Das Comité des forges (Organisation der Schwerindustrie) triumphiert auf der ganzen Linie. Neun Zehntel der französischen Arbeiter sind unorganisiert. Jetzt beginnen die Arbeiter über ihre Lage nachzudenken und fordern kategorisch die Herstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Unsere Genossen haben sich dafür erklärt, die Reformisten wollen noch nichts davon wissen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Tschechoslowakei. Nach dem großen Dezemberkampf 1921 wurde von Tayerle der Verband der Chemiewarbeiter mit 70 000 Mitgliedern aus dem tschechischen Gewerkschaftsbund hinausgeworfen. Es vollzog sich daselbe Spiel wie in Frankreich. Dazu kommt, daß in der Tschechoslowakei die gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur in eine revolutionäre und reformistische Landesorganisation gespalten sind, die reformistischen Organisationen sind auch noch in verschiedene nationale (deutsche, tschechische, slowakische usw.) Richtungen gespalten. Durch die Spaltungen ist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter kolossal zusammengeschrumpft. Die reformistischen Arbeiterorganisationen machen wie in Frankreich Streikbruch, während die revolutionären Organisationen nicht instande sind, die Arbeitermassen zu siegreichen Kämpfen zu führen. Das Unternehmertum konnte den Arbeitern Niederlage auf Niederlage beibringen.

In Italien hat die Existenz einer Reihe sich bekämpfender gewerkschaftlicher Organisationen es dem Faschismus erleichtert, die Verbände zu zertrümmern. Der Allgemeine Italienische Gewerkschaftsbund (Confederazione del Lavoro) hat seine ehemals 2 700 000 Mitglieder fast vollständig verloren. Die anderen Gewerkschaftsbünde existieren nicht mehr. Ähnliche Resultate sind zu verzeichnen in Jugoslawien und Rumänien. Kurz, in allen Ländern, in denen es den revolutionären Arbeitern nicht gelungen ist, die Spaltung zu verhindern, oder in denen sie sie sogar gefördert haben, hat das Unternehmertum in seiner Offensive gegen die Arbeiterklasse die größten Fortschritte gemacht, ist die Arbeiterklasse in eine außerordentlich schwierige Lage gekommen. Und was das wichtigste ist, der revolutionäre Einfluß ist nicht so gewachsen, wie das im Interesse der revolutionären Bewegung notwendig ist. Umgekehrt ist es in den Vereinigten Staaten in Nordamerika gelungen, durch die intensive Kampagne für die Vereinigung der Gewerkschaftsverbände und für die Zentralisierung ihrer Kräfte, wie sie durch unsere Genossen Foster und Brothens durch die Erziehungsliga betrieben wurde, den Einfluß der revolutionären Elemente auf die Gewerkschaftsbewegung mächtig zu fördern.

Neben diesen allgemeinen Erfahrungen, die unsere alte kommunistische Einstellung, für die nationale Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen, erhärten, gibt es aber noch eine Reihe anderer Momente, die dafür sprechen, daß dieser unser Kampf für die Einheit in der Zukunft mit noch größerer Intensität und Ausdauer geführt wird. Das ist der Umschwung, der sich doch allmählich in den breiten Arbeitermassen bemerkbar macht. Die Arbeiter fangen an, das Wesen des Reformismus zu erkennen, es wird ihnen immer klarer, daß in der gegenwärtigen Periode keine reformistischen Methoden mehr zur erfolgreichen Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse ausreichen. Die Arbeiter fordern immer mehr die Umstellung der Gewerkschaftspolitik auf den revolutionären Klassenkampf. Das zeigt sich am deutlichsten in dem Lande, in dem die älteste Gewerkschaftsbewegung ist, in England. Obwohl hier der Reformismus scheinbar den größten Triumph feiert, hat doch die Bourgeoisie dieses Landes der Arbeiterpartei die Regierung überlassen, aber trotzdem oder vielleicht gerade deshalb macht sich ein starker Wandel



bemerkbar. Die Arbeitermassen stellen sich in immer breiterer Front auf, um ihre materielle Existenz durch Angriffe auf den kapitalistischen Gegner zu verbessern. Und es ist entgegen der rückläufigen Bewegung in anderen Ländern zu bemerken, daß sich die englischen Arbeiter in einem erfolgreichen Angriff befinden. Die Offensive der Kapitalisten ist in diesem Lande zum Abschluß gebracht worden. Auch in einer Reihe anderer Länder fängt das Proletariat an, sich zu sammeln und wird angriffslustiger. Eine neue revolutionäre Welle ist im Anzug und eröffnet den Arbeitern um so größere Aussichten auf Erfolge, je geschlossener und einheitlicher sie gegen die Kapitalisten auftreten können.

Die schlimmen Erfahrungen mit den Spaltungen, die Umstellung breiter Arbeiterschichten auf eine revolutionäre Gewerkschaftstaktik, die ein Abflauen der reformistischen Bewegung im Gefolge haben, insbesondere aber der Umschwenkung in den englischen Arbeitermassen hat die Kommunisten und die R.G.Z. veranlaßt, jetzt vor aller Öffentlichkeit aufzutreten, und den Arbeitern klarzumachen, daß der Kampf zur Herstellung der gewerkschaftlichen Einheitsfront und der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung eine Lebensnotwendigkeit für die erfolgreiche Führung der Kämpfe ist. Je geschlossener die Kommunisten dem Ruf des 5. Weltkongresses der R.Z. und den Beschlüssen des R.G.Z.-Kongresses folgen werden, um so leichter und um so schneller wird das Problem der Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit zum Kampfe gegen das internationale Kapital verwirklicht werden.

(Schluß folgt.)

## Drei internationale Kongresse.

B. Der Wiener Kongreß der Amsterdamer Internationale und der Dritte Moskauer Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale haben dem Weltproletariat anschaulich die fundamentalen Gegensätze zwischen den Burgfriedensmethoden der Reformisten und der revolutionären Taktik der Kommunisten vor Augen geführt. Die R.G.Z. hat auf ihrem Kongreß in der Frage der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung die Initiative ergriffen und die Amsterdamer vor schwerwiegende Entscheidungen gestellt. Die Zerspaltung, Niederlage und Verrat der Arbeiter an die Bourgeoisie — dort gewerkschaftliche Einheitsfront, Klassenkampf und Sieg. Vor diesen Lösungen gibt es kein Ausweichen. Die Amsterdamer müssen Farbe bekennen, wenn die Arbeiter verstehen werden, durch ihren Massendruck die reformistischen Führer zu stellen. Da bisher die revolutionären Arbeiter eher die Tendenz verfolgten, aus den Gewerkschaften herauszulassen und sich in kleinen revolutionären Sonderorganisationen zu isolieren, als in die reformistischen Organisationen hineinzugehen und sie zu revolutionären Kampfverbänden umzugestalten, konnten sich die Amsterdamer mit der Antwort auf die Initiative der R.G.Z. Zeit lassen.

Drei wichtige Kongresse der internationalen Berufsverbände haben diese Tatsache in wenig schmeichelhafter Weise für die revolutionären Arbeiter unterstrichen. Ende Juli und Anfang August fanden die Kongresse der Metall-, Transport- und Bergarbeiter-Internationalen statt. Diese Kongresse umfassen die Arbeiter der sogenannten Schlüssel-Industrien. Es handelt sich also um Arbeitergruppen, die für den revolutionären Kampf von ausschlaggebender Bedeutung sind. Jeder Arbeiter kennt die große politische Bedeutung der Bergarbeiterkämpfe, Eisenbahnerstreiks und Metallarbeiterbewegungen. Wie haben diese drei Kongresse, die nach dem Wiener Kongreß der Amsterdamer und nach dem Moskauer Kongreß der R.G.Z. stattfanden, auf die Beschlüsse dieser Weltkongresse geantwortet? Der Bergarbeiterkongreß hat sich um die Antwort auf die Frage der Einheit der internationalen Gewerkschaftsorganisation überhaupt gedrückt. Die Kongresse der Metallarbeiter und der Transportarbeiter haben Verschleppungsmanöver aufgeführt. Es bedarf jetzt der härtesten und zielbewußten Arbeit aller Revolutionäre in diesen Verbänden, um bei der Berichterstattung über die internationalen

Kongresse der Berufsorganisationen in den einzelnen Bezirken die Frage vor der Mitgliedschaft auf die Tagesordnung zu stellen und von der Bürokratie eine unzweideutige Antwort zu verlangen. Die Berichterstattung über die Kongresse der Berufsinternationalen ist ein außerordentlich geeignetes Anknüpfungsmoment für die Kampagne für die Einheit der internationalen Gewerkschaftsorganisationen.

### Internationaler Metallarbeiter-Kongreß.

Der zehnte Kongreß des internationalen Metallarbeiter-Bundes tagte vom 26. bis 28. Juli in Wien. Als Demonstration gegen die Beschlüsse des R.G.Z.-Kongresses muß die Tatsache bewertet werden, daß die revolutionären Verbände zu diesem Kongreß nicht eingeladen waren. Weder der russische, noch der französische und rumänische Verband hatten eine Einladung erhalten. Trotzdem diese Verbände auf dem Kongreß anwesend waren, wurden sie zu den Beratungen nicht zugelassen. Nach Verhandlungen mit der russischen Delegation „genehmigten“ die Ditzmann, Domes und Jlg der russischen Delegation 15 Minuten Redezeit. Um vor dem internationalen Proletariat zu demonstrieren, daß die Amsterdamer Internationale die unerschrockene Verteidigerin der Demokratie und Meinungsfreiheit ist, verlangten diese Herrschaften außerdem, daß der Redeentwurf des russischen Vertreters vorher dem Präsidium zur Vorzensur vorgelegt werden sollte. Die Amsterdamer wollten also verhindern, daß auf dem internationalen Metallarbeiterkongreß die Vertreter von über einer halben Million revolutionärer Berufscollegen zu Worte kommen. Trotzdem haben die revolutionären Metallarbeiter gesprochen. Sie haben vor dem Forum der Metallarbeiter-Internationale laut und vernünftig die Einheit der Metallarbeiter-Internationale proklamiert. Die Amsterdamer Straßtegen wußten nichts anderes, als mit einem elenden Verschleppungsmanöver zu antworten. Feige und hinterhältig haben sie sich um eine klare Stellungnahme gedrückt. Noch im vergangenen Jahre standen diese Selben bei den Verhandlungen in Friedrichshafen unter dem Druck steigender Massenbewegungen und waren zu den größten Konzessionen bereit. Tatsächlich bedeutet die Stellungnahme des zehnten Kongresses der Berner Internationale innerhalb der internationalen Metallarbeiterbewegung einen Rückschritt gegenüber den Friedrichshafener Vereinbarungen zwischen dem russischen Verband und der Internationale. Der Wiener Kongreß der „eisernen“ Internationale ist eine Demonstration gegen die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, er ist eine Kundgebung der internationalen Gewerkschaftsspalter.

Die Delegationen der russischen, französischen und rumänischen Verbände haben ihre Stellung gegenüber dem Kongreß in einer Erklärung („Note Fahne“, 9. August) niedergelegt. In dieser fordern sie die Metallarbeiter der ganzen Welt auf zum Kampf für die einheitliche, revolutionäre, eiserne Internationale.

Die revolutionären Metallarbeiter in Deutschland müssen dafür sorgen, daß eine mächtige Bewegung von unten einsetzt für die Einheit der gewerkschaftlichen Organisation, und den nächsten Kongreß der Berner Internationale gründlich vorbereiten.

### Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

In Prag fand vom 4. bis zum 8. August der 27. Kongreß der Bergarbeiter-Internationale statt. Die Tschechoslowakische Regierung hatte einen offiziellen Vertreter geschickt, der im Namen der Masaryk-Regierung die innige Verbundenheit der reformistischen Gewerkschaftsführer mit den kapitalistischen Regierungen aller Länder zum Ausdruck brachte. Der sozialdemokratische Arbeitsminister Erba versäumte nicht, dem internationalen Bergarbeiter-Proletariat zu verkünden, daß die „Nationalisierung der Kohlenbergwerke auf dem Marsche sei“. Selbstverständlich schickte auf dem Kongreß auch ein Vertreter des internationalen Arbeitsamts in Genf nicht. Dieser Gesandte des internationalen Kapitals feierte die innige Zusammenarbeit zwischen dem internationalen Arbeitsamt Genf und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Zur Krönungsfrage wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Der 27. Kongreß macht es allen Organisationen zur Pflicht, die von den zuständigen Ländern oder internationalen Gewerkschaftsorganisationen geführten Aktionen gegen den Krieg zu unterstützen. Der internationale Bergarbeiterkongreß beauftragte die Exekutivkomitee mit dem Studium (!) und der Vorbereitung (!) eines Planes oder von Plänen für die zukünftige Aktion im Kriegsfall. Besteht für irgendeine Nation Gefahr kriegerischer Verwicklungen, so wird das internationale Sekretariat sofort eine Sitzung des internationalen Komitees einberufen, um über die vom inter-

nationalen Bergarbeiterverband einzuschlagenden Schritte zu beschließen."

Nach dem der Kongreß den Vorschlag eines Allfälligen Weltstreiks der Bergarbeiter als Warnung gegen den Krieg abgelehnt hatte, unternahmen die Teilnehmer eine Perrie in die Prager Umgebung, um beim schäumenden Pilsener Bier die Möglichkeit von Kriegszusammenstößen zu feiern.

Ueber die Frage der internationalen Aktion der Bergarbeiter-Verbände referierte Husemann. In der einstimmig angenommenen Resolution wird aufgeföhrt:

1. Die Abwehr jeder Verlängerung und die Durchsetzung einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit.
2. Die Erringung eines Lohnes, der es den Bergarbeitern ermöglicht, ein menschenwürdiges Leben zu führen.
3. Die Gewährung einer Pension an die alten und invaliden Bergarbeiter und ihre Hinterbliebenen.
4. Die Versicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit.
5. Die Einführung, Festhaltung und Erweiterung der Betriebs- und Produktionskontrolle durch Betriebsräte und Organe der Bergarbeiterverbände.
6. Die Sozialisierung und Nationalisierung der gesamten Bergwerksbetriebe.

Nach den Angaben von Smith ist die Gesamtzahl der in der Bergarbeiter-Internationale organisierten Bergarbeiter von 2128 800 auf 1972 150 zurückgegangen. Den Schlußakt des Kongresses bildete eine Ergebnis-Kundgebung an die Adresse der Tschechoslowakischen Regierung. Zur Frage der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung hat der Kongreß nicht Stellung genommen. Ebenso wenig zu dem Hauptplan des Sachverständigengutachtens.

Es ist die Pflicht der deutschen revolutionären Bergarbeiter, in dieser Frage sofort die Initiative zu ergreifen und eine planmäßige Kampagne für die Einheitsfront zu führen. Die Bergarbeiter dürfen den Amsterdamer nicht gestalten, sich vor der entscheidenden Frage zu drücken.

#### Internationaler Transportarbeiter-Kongreß.

Der wichtigste Kongreß der drei Berufsinternationalen war der 4. Internationale Transportarbeiter-Kongreß, der vom 7. bis 12. August in Hamburg stattfand. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation umfaßt 19 Länder mit 2 010 807 Mitgliedern. In der I.T.A. war Fimmen bisher Sekretär. Er wurde am Schluß des Kongresses einstimmig wiederum als erster Sekretär gewählt. Die englische Delegation beherrschte politisch den Hamburger Kongreß. Es kam mehrfach zu scharfen Zusammenstößen zwischen der alten Amsterdamer Garde und den Anhängern Fimmens und Williams. Der Kongreß der I.T.A. wurde durch die Initiative der Engländer gezwungen, zur Reparationsfrage ausgiebige Stellung zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit traten die Widersprüche zwischen der offiziellen Politik des I.T.A. und den radikalen Strömungen unter den Massen des I.T.A. besonders scharf hervor. Während Williams in seiner Begrüßungsansprache den Bericht der Sachverständigen als einen Hauptplan der bürgerlichen Volkswirtschaftler, Finanzmänner und Kapitalisten brandmarkte, feierte Jouhaux als Vertreter des I.T.A. den Sachverständigenplan. Das Referat Fimmens über die Weltlage war im wesentlichen eine Attacke gegen die Durchführung des Sachverständigenplanes, die Privatisierung der deutschen Reichsbahn und die Versklavung des internationalen Proletariats durch die Verträge der Ententemächte.

Die Gegensätze zwischen der Leitung des I.T.A. und der Richtung Fimmens wurden jedoch beherrscht vom Gegensatz der rechten und linken Amsterdamer zu Moskau. Das kam in der Frage der Einheit der internationalen Gewerkschaftsorganisation drastisch zum Ausdruck. Bekanntlich fanden im Mai des vergangenen Jahres in Berlin zwischen der I.T.A. und den russischen Transportarbeitern Besprechungen wegen der Aufnahme der revolutionären Verbände in die Berufs-

internationale der Transportarbeiter statt. Auf dem Hamburger Kongreß wurde gegen diese Veranstaltung Sturm gelaufen. Fimmen und Williams redeten mit Worten um die Frage der Einheit herum. In der Tat zeigten sie sich als echte "Linke". Es erfolgte keine Einladung der russischen Eisenbahn- und Transportarbeiter-Gewerkschaft zum Kongreß. Infolgedessen kamen auch keine Vertreter der revolutionären Gewerkschaften auf dem Kongreß zu Worte. Es ist die Schuld der "linken" Williams und Fimmens, wenn die Schaffung einer einheitlichen internationalen Transportarbeiter-Föderation wiederum hinausgeschleppt wurde. Rechte und linke Amsterdamer sind sich in der Sabotage der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung völlig einig. Das beweisen die drei Kongresse der Berg-, Metall- und Transportarbeiter. Sie sind alle gleichmäßig beherrscht von der Furcht vor der Revolutionierung ihrer Anhängerschaft und damit vor dem Ende ihrer eigenen Führerherrschaft.

Vor Schluß des Kongresses kam es noch zu einem interessanten Zwischenfall. Ghessele gab im Auftrage der deutschen Delegation eine Erklärung zur Wahl Fimmens ab, die eine Erklärung gegen Fimmen war. Chachua t-Frankreich verlangte eine Erklärung Fimmens, bevor seine Wahl entfallen werde. Fimmen gab hierauf eine persönliche Erklärung ab, in der er seine politische Haltung rechtfertigte und u. a. erklärte:

"Organisatorisch halte ich unsere internationale Kooperation für die einzig richtige. Ich habe aber viel daran zu kritisieren. Ich bin der Meinung, wir sollten mehr nach links marschieren. Ihr kennt meinen Standpunkt. Ich meine, daß die Kritik der Organisationen, die uns nicht angehören, in sehr vieler Hinsicht recht hat. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn unsere Organisationen ihre Aufgabe erfüllen sollen, es notwendig ist, daß wir zur Einheit kommen. Das ist ein langer Weg, das ist ein schwerer Weg, aber er muß eingeschlagen werden und alles muß getan werden, um dies zu erreichen im Interesse der Arbeiterklasse, dafür kämpfe ich und dafür muß ich Freiheit haben."

In dieser Erklärung teilte Fimmen außerdem noch mit, daß er demnächst eine Reise nach Rußland unternehmen werde, um sich zu überzeugen, was in Rußland vorgeht.

Es muß jedem revolutionären Gewerkschafter in Deutschland einleuchten, daß seine Aufgabe heute mehr denn je in der positiven politisch-revolutionären Aufklärungsarbeit unter den Anhängern der Transportarbeiter-Internationale besteht. Die Mitglieder der reformistischen Verkehrs- und Transportarbeiter-Verbände in Deutschland haben nunmehr die Pflicht, ihre eigene Bürokratie in den Mitgliederversammlungen zu entlarven und die Mitglieder der Verbände für den Klassenkampf und damit für die Einheit zu gewinnen.

Als auf dem Internationalen Metallarbeiter-Kongreß die russische Delegation forderte, in den Verhandlungsraum eingelassen zu werden, erklärte Herr Jig, daß es im Saale keine Galerie für das Publikum gäbe. So vorsorglich waren die Herren Amsterdamer, daß sie sogar einen Saal gemietet hatten, in dem kein Raum für "das Publikum" war. Wer ist das Publikum? Das Publikum sind die Metallarbeiter. Vor ihnen fürchteten sich die Herren Amsterdamer. Deshalb hatten sie keine Galerie im Saale. Die Galerie sollte nicht zu Worte kommen! Das Parlett wollte hübsch unter sich bleiben.

Welche Lehren müssen die Arbeiter aus diesem Vorfalle ziehen? Auf dem nächsten internationalen Kongreß muß die Galerie sprechen! Deshalb gilt es, alle Kräfte restlos für die Vorbereitung der Kongresse der Berufsinternationalen einzusetzen. Nur, wenn eine wirklich ernste revolutionäre Propaganda innerhalb der reformistischen Verbände geleistet wird, werden den Jig und Konsorten die Scherze vergehen.

#### Zehn Jahre Spartakus

behandelt die kürzlich erschienene Gedächtnisnummer

#### Die Revolution

Viele Bilder erläutern die Beiträge von Hugo Eberlein, Ernst Meyer und Wilhelm Pieck über Gründung u. Entwicklung des Spartakusbundes.

8 Seiten.

Preis 0,20 M.

#### Das Stündenregister der SPD. seit 1914

enthält die Druckschrift

#### Zehn Jahre Sozialdemokratie

Eine Sammlung von Dokumenten, Zeitungsausschnitten, Buchzitierten und Aussprüchen von Sozialdemokraten.

Zweite, erweiterte Auflage

118 Seiten mit 10 Bildern / 0,80 Mark